

Die „Volkswacht“ erscheint täglich nachmittags außer Sonntag und in den Feiertagen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzusendung 20 Pf.

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld für die empfangene Ausgabe über den Namen des Abonnenten, für den die Abbestellung erfolgt ist, zu zahlen.

Telephon Nr. 1208.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1208.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 86.

Wittwoch, den 18. April 1904.

15. Jahrgang.

Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter.

Breslau, 18. April 1904.

Wenige Wochen sind erst vergangen, seit unter dem Beifall zahlreicher Männer aus der Breslauer Stadtverwaltung ein ehemaliger Minister das uneingeschränkte Koalitionsrecht der Arbeiter, nicht nur der Industriellen, sondern aller Arbeiter, als eine unabweisbare Forderung der Vernunft und Billigkeit, der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit befürwortete. Freiherr v. Verlepsch begnügte sich nicht damit, das Vereinerrecht als eine unentbehrliche Waffe für den kulturellen Fortschritt der Arbeiterklasse zu bezeichnen, er führte darüber hinaus den Nachweis, daß die gewerkschaftliche Koalition auch dem Unternehmer mancherlei Vorteile bringt.

Die behaglichen Philister aller Kategorien, die gekommen waren, um einen Minister als Volksredner zu bestaunen, beruhigten sich in dem tröstlichen Bewußtsein, daß ja eigentlich in einer Großstadt niemand daran denkt, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu schmälern. Trat doch selbst ein Arbeitgeber auf die Bühne und feierte das Organisationsbestreben der Arbeiter.

Aber trotz des harmonischen Bildes im Vincenzhaufe sieht es in der Breslauer Wirklichkeit wesentlich trüber aus. Unzählige unserer „weitsichtigen“ Fabrikanten und „königlichen“ Kaufleute denken nicht daran, das natürliche und billige Recht dem Arbeiter zuzugestehen. Es fehlt ihnen noch die Einsicht in die sozialen Zusammenhänge, es fehlt ihnen der gute Wille zur Anerkennung der Rechte des „Untergebenen“ und zum Verzicht auf das Herrenrecht im eigenen Hause.

Was soll man aber dazu sagen, wenn das wichtigste soziale Recht der Arbeiter in Frage gestellt wird von einer städtischen Verwaltung, die sich liberal nennt, die dem Unternehmertum mit gutem Beispiel vorangehen sollte? Trotz aller Verschönigungen, die der unten näher geschilderte Vorgang im Wasserwerk zu Breslau erfahren hat, kann nicht bestritten werden, daß hier Vorgesetzte, Beamte und Arbeiter selbst mit Erfolg verknüpfen, das Koalitionsrecht der dort beschäftigten Arbeiter zu schmälern.

Seit einem halben Jahr hat die Organisation der Breslauer Gemeindegewerkschaft unter sachkundiger Leitung erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zeit der Stagnation ist vorüber, an allen Plätzen erwachte der Verband zu neuem Leben, in den Gaswerken, wie im Wasserwerk, auf dem Schlachthof und in der Marktverwaltung, im Steinlager und im Bauhof, überall strömten zahlreiche Arbeiter der Organisation zu. Einer Organisation, die bei allen Sachkundigen als politisch streng neutral bekannt ist und von den Sozialpolitikern um Herrn v. Verlepsch neben dem Buchdruckerverband als nachahmenswertes Beispiel hingestellt wird. Der „Verband der in Staats- und Gemeindegewerkschaften beschäftigten Arbeiter“ mit der Zentralstelle Berlin, hat auf diese Weise hier eine Mitgliederzahl von 270

erreicht und eine rege, systematische Werbetätigkeit erhöht diese Zahl immer mehr.

Die einzelnen städtischen Verwaltungen verhielten sich zu dieser Entwicklung recht verschieden. Wo verständige und wirklich liberale Beamte das Recht der Arbeiter respektierten, legte man dem Organisationsstreben der Arbeiter keine Steine in den Weg, sondern ließ sie außerhalb der Dienstzeit ihre eigenen Wege gehen, an anderen Stellen schickte man sich, wenn auch nicht gerade gern, so doch gezwungenermaßen in die neuen Verhältnisse. Sie und da aber versuchten über-eifrige Beamte das „Herrenrecht der Unternehmer“ auch im Gemeindegewerbe zu proklamieren.

Einer von denen, die dem Gemeindegewerkschaftsverband sehr wenig gewogen sind, ist — neben dem Schlachthofinspektor Herrn Lucas — trotz aller harmlosen Versicherungen der Direktor des städtischen Wasserwerks, Herr Debusmann. Er hat ja nach seiner eigenen Versicherung gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter nichts einzuwenden, er wird aber ungehalten, wenn die Arbeiter sich selbst den Verein ausfinden, der ihnen paßt und wenn die Wahl dann auf den freien Gemeindegewerkschaftsverband fällt. Denn in diesem Verband herrscht Unabhängigkeit und selbst vor öffentlicher Kritik von Willkür schreckt die Organisation im Nothfalle nicht zurück. Es gibt aber Leute, die eine Kritik ihrer eigenen Taten unter keinen Umständen dulden wollen und sich fürchtbar beleidigt fühlen, wenn man an ihrer Handlungsweise nur im geringsten mäkelte. Zwei Arbeiter des Wasserwerks, aufgeweckt und dem Verbands treu ergeben, standen bei Herrn Debusmann schon längst im Verdacht, die eigentlichen Stützen der gebasteten Organisation im Wasserwerk zu sein. Er benutzte die erste sich bietende Gelegenheit, um sie zu entlassen, obwohl der Reihenfolge nach erst die jüngeren, später eingetretenen Arbeiter an der Reihe gewesen wären. Herr Debusmann macht gar kein Hehl daraus, daß er diese beiden ausgesucht hat, weil er sie im Zusammenhange mit einer kritischen Notiz der „Volkswacht“ wähnt, führt aber zur Rechtfertigung seines Schrittes weiter an, daß die älteren Leute von den Verbandsmitgliedern bebrängt und die beiden Entlassenen während der Dienstzeit das Fachblatt verteilt und Marken verkauft hätten. Das zweite Verbrechen ist natürlich so schwer nicht, daß es mit einer Drohkosung von Familienvätern gerächt werden müßte, für die erste Behauptung, die Terrorisierung Nichtorganisierter, fehlt aber jeder Beweis. Die organisierten Arbeiter verlangen Gegenüberstellung mit diesen sogenannten alten Leuten — ein Teil derselben gehört selbst zur Organisation — sie sind sicher, daß keiner den Vorwurf vor ihren Augen erheben oder beweisen wird. Wenn einmal Fachblätter verteilt und Marken verkauft wurden während der Dienstzeit — eine kleine Arbeit, die den so oft gepriesenen organisierten Buchdruckern in jedem Geschäft erlaubt ist — kann man sich durch einen strikten und ausdrücklichen Verweis davor schützen, braucht aber nicht mit Entlassungen vorzugehen.

Wer über die eigentlichen Absichten des Herrn Debusmann noch im Zweifel sein konnte, der wurde belehrt durch

die weitere Entwicklung des Konflikts. Als die mit der Entlassung Beobachten in den Kreis der Kollegen zurückkehrten und meinten, nun wird's mit dem Verbands hier schlecht gehen, trat ein Schlosser hervor und sagte: „Nein! Der Verband soll darunter nicht leiden, jetzt werde ich diese Memter für den Verband übernehmen!“ Auch dieser Mann wurde sofort entlassen, er hatte gegen eine Maßnahme der Direktion durch sein Verhalten „demonstriert“ und, wie Herr Debusmann behauptet, seine Absicht zu laut kundgegeben.

Herr Debusmann beklagte sich auch weiter über das mangelnde Vertrauen seiner Arbeiter, als ein Jubiläum in Aussicht stand, und erreichte es durch all diese Maßnahmen, daß etwa zwölf Mann „seiner“ Arbeiter dem Verband den Rücken kehrten!

Das ist ein Bild von der Respektierung des Koalitionsrechts durch einen unserer städtischen Beamten. Die Gewerkschaft hat nichts unversucht gelassen, um die Streitfälle auf friedlichem Wege beizulegen. Genosse Schütz hat sich um die Einigung die größte Mühe gegeben. Leider vergeblich. Auch die vorgelegte Behörde des Herrn Debusmann billigt den Standpunkt vom „Herrn im eigenen Hause“ und weigert sich, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu verfügen. Ohne daß die Angeklagten überhaupt gehört werden, weist man sie aus der Arbeit, obwohl sie bereits 5, 2 und 2 1/2 Jahre dort beschäftigt sind. Wahrlich, eine Musterwerkstätte für Koalitionsfreiheit!

Wir haben zu den Breslauer Gemeindegewerkschaften das Vertrauen, daß sie sich durch keinerlei Maßregelung oder Einschüchterungsversuche gegen ihren Willen aus der selbstgewählten Organisation hinaustreiben lassen. Im Gegenteil, je größer die Verfolgungen sind, um so trotziger werden aufrechte Männer ihr Recht gegen jede Kürzung verteidigen, um so treuer werden sie dem Gemeindegewerkschaftsverband bleiben.

An die städtische Verwaltung aber richten wir die Frage: Will sie es dulden, daß in der Kommune Breslau, die heute noch stolz darauf ist, unter liberaler Verwaltung zu stehen, den Arbeitern eines ihrer wichtigsten Rechte verweigert wird? Will sie einzelnen ihrer Beamten das Recht ausprechen, die Organisation der Arbeiter zu verfolgen, die in der Theorie unangefochten bleibt und den Beamten z. nicht verweigert wird?

Aber auch für die Gesamtarbeiterschaft enthält das obige Vorkommnis eine wichtige Lehre. Ein einziger Arbeitervertreter sitzt im Stadiparlament, um alle die Mängel und Mißstände zu rügen, die vom Standpunkt des Arbeiters angreifbar sind, auf ihm ruht die ganze Last, die andere Parteien auf 30—50 Schultern verteilen können. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Breslaus unwürdige Zustand aufhört, daß die Zahl der Arbeitervertreter im Stadiparlament erheblich größer wird. Der Sozialdemokratische Verein wird demnächst eine weitgreifende Agitation für die Erwerbung des Wahlrechts zu den Stadtverordnetenwahlen einleiten. Breslau darf nicht länger zurückbleiben gegenüber den anderen Großstädten Deutschlands, wir müssen eine kleine Fraktion Ar-

Mein Onkel Benjamin.

Sozialroman von Claude Tillier. Deutsch von S. Denhardt.

81

Sobald mein Onkel Benjamin irgend ein Dreißigtausend-Stück eingenommen hatte, kaufte er einen schicken Karren und gab ihn seinem Schwefel, um ihm daraus ein Geschäft auf Matrosenart zu bereiten, mit dem er dann die ganze Familie bewirtschaftete. Nach der Erzählung aller, die meinen Onkel Benjamin gekannt haben, war er der lustigste, drolligste, geistreichste Mann der Gegend und wäre auch der ... wie soll ich sagen, um es nicht an Achtung vor dem Gedächtnisse meines großen Onkels fehlen zu lassen? ... wäre auch bei an wenigstens nichterne gewesen, wenn nicht der städtische Trommler, namens Cicero, seinen Ruhm geteilt hätte.

Gleichwohl war mein Onkel Benjamin nicht, was du triestaler Weise einen Trunkenbold nennst, glaube das behelbe nicht. Er war ein Eitrunder, der die Philosophie bis zur Trunkenheit trieb und das war alles. Er hatte einen Magen voller Erhabenheit und Adel. Er liebte den Wein nicht um seiner selbst willen, sondern um dieser seltsamen Nartheit willen, welche er aus einigen Stunden verschafft, eine Nartheit, die den Mann von Geist in so naiver, so fesselnder, so origineller Weise ins Wahn schwapen läßt, daß man immer so schwagen möchte. Mühte er sich beim Messelieren betäubigen können, so hätte er alle Tage die Messe gelesen. Mein Onkel Benjamin hatte Grundzüge: er behauptete, ein nüchternen Mensch läge noch im Schlafe; der Rauch würde eine der größten Wohlthaten des Schöpfers sein, wenn er nicht Kopfwind verurächte; das Einsige, was dem Menschen die Ueberlegenheit über das Tier verleihe, wäre die Fähigkeit sich zu berauschen.

Die Verunft, sagte mein Onkel, ist nicht; sie ist die Kraft, die gegenwärtigen Leiden zu fühlen, sich der verflochtenen Leiden zu erinnern und die zukünftigen Leiden voranzusehen. Das Privilegium, auf seine Verunft zu verzichten, ist allein etwas. Du sagst, daß der Mensch, der im Weine seine Verunft fortswemmt, sich zum Tier herabwürdigt; diese Ansicht giebt dir der Kostenstolz ein. Glaubst du denn, daß die Lage der Tiere schlechter ist als die deinsige? Wirst du von Hunger gepeinigt, so wünschst du gern jener Ochse sein, der die zum Bauche im Grase weidet; schmachtest du im Gefängnis, so wünschst du gern der Vogel sein, der mit freiem Flügel das Blau des Himmels streift; freist du auf dem Punkte aus deinem Hause gedrängt zu werden, so wünschst du gern jene arme, arme Schnecke sein, der niemand ihr Haus streitig macht.

Die Gleichheit, von der du träumst, besteht das Tier. In den Wäldern giebt es weder Könige, noch Velleute, noch einen dritten Stand. Das Problem des gemeinamen Lebens, das keine Klü-

soppen vergeblich suchen, haben arme Insekten, die Ameisen und Bienen, seit bräutertausenden von Jahren durchgeführt. Die Tiere haben keine Aergre, sie sind weder blind, noch budelig, noch lahm, noch kummbeinig und sie haben keine Angst vor der Hölle.

Mein Onkel Benjamin zählte achtundzwanzig Jahre. Seit drei Jahren betrieb er die Arzneikunst, aber die Arzneikunst gewährte ihm keine Einnahmen, weit davon entfernt; seinem Tischhändler war er drei Monate lang Hölle schuldig, seinem Friseur die Kosten für dreijähriges Frisieren, und in jedem der angesehensten Wirtschaftler in der Stadt hatte er eine niedliche kleine Rechnung, von denen er nur einige Recepte in Abzug bringen konnte.

Meine Großmutter war drei Jahre älter als Benjamin; sie hatte ihn auf ihren Knien gehalten, auf ihren Armen getragen und betrachtet sich als seinen Mentor. Sie kaufte ihm seine Hals- und seine Taschentücher, stichte ihm seine Hemden und erteilte ihm gute Ratsschläge, die er, man muß ihm hierin alle Berechtigtheit widerfahren lassen, aufmerksam anhörte, aber niemals beugte.

Alle Abende, regelmäßig nach dem Essen, forderte sie ihn auf, eine Frau nehmen.

„Nein“, sagte Benjamin, „um wie Madame Court“ — so nannte er meinen Großvater — sechs Kinder zu bekommen und sich an den Flossfedern eines Herings gütlich zu tun!

„Aber Unglückseliger, Du wirst doch wenigstens Brot haben!“

„Ja, Brot, das heute köstlich aufgegangen, morgen schon trocken und übermorgen ungenießbar sein wird! Was ist denn das Brot? Es ist gut, um den Tod abzuhalten, aber nicht gut, um leben zu können! Ich werde meiner Frau sehr alt werden, ehe ich mit einer Frau nehme, die stets darüber klagt, daß ich zu viel Zucker in mein Glas lege und zu viel Butter für meinen Kopf verbräuche, die mich aus dem Wirtschaftshaus holt, die meine Taschen durchsucht, sobald ich zu Bett lege, und sich drei Mantillen kauft, ehe ich einen Rock zerreiße.“

„Aber, Benjamin, wie willst Du es denn machen, um Deine Gläubiger zu befriedigen?“

„Ehrlich ist es, so lange man Kredit hat, so gut, als wäre man reich, und sich Deine Gläubiger aus einem guten Gläubigerrecht gekauert, so daß sie schließlich sind, so ist es, als hätte man keine. Und was ist mir ferner eigentlich nur übrig, um wieder aufs Meine zu kommen? Eine gute epidemische Krankheit. Gott ist gut, meine liebe Schwiegermutter, und wird dich, der ihm sein schändliches Ver- aussticht, nicht in Verlegenheit lassen.“

„Ja, ich habe mein Großvater ein, und der es so gut außer Dienst stellt, daß man es der Erde übergeben muß.“

„Ganz richtig“, erwiderte mein Onkel, „das ist der Nutzen der Verge; daß sie würde die Erde viel zu bevölkert sein. Woher hätte es denn, daß Gott die Erde hätte, was Regenwürmer zu senden, wenn sich Menschen finden, die sie besser thanen?“

„In dieser Beziehung bist Du dann ein schlechter Mensch; Du siehst denen, die dich rufen, ihr Geld.“

„Nein, ich stelle es Ihnen nicht, weil ich ihnen Mut einflöße, weil ich ihnen Hoffnung mache und immer etwas herausbringe, um sie zum Lachen zu bringen. Das hat wohl einigen Wert.“

Als meine Großmutter einah, daß sich das Gesprächsthema geändert hatte, entschloß sie sich einzuschlafen.

2. Weßhalb mein Onkel zu heiraten beschloß.

Eine schreckliche Katastrophe, die ich die Ehre haben werde, die ausdrücklich zu erzählen, erschütterte jedoch Benjamin's Entschlossenheit.

Eines Tages kam mein Vetter Page, Advokat am Gerichte zu Clamecy und lud ihn mit Madame Court zu einem kleinen Feste ein. Das Feste sollte in einer berühmten Weinstube, zwei Büchsenstücke von der Vorstadt entfernt, stattfinden; die Gäste waren übrigens außerordentlich Leute. Benjamin mußte diesen Abend nicht für eine ganze Woche seines gewöhnlichen Lebens bergehen haben. Auch fanden sich nach der Vesper mein Großvater in seinem Hochzeitsstaate, und mein Onkel, bei Degen an der Seite, an Ort und Stelle ein.

Die Gäste waren fast alle verammelt. Das Trinkgelage hatte seine würdevollsten Repräsentanten vereinigt. Zunächst war da der Advokat Page, der seine Verteidigungsreden nur zwischen zwei Weinstaschen halten konnte; der Gerichtsschreiber, der sich daran gewöhnt hatte, schlafend zu schreiben; der Sachwalter Kapin, der, als er von einem Prozeßführenden ein Haß etwas stöhnigen Weines zum Geschenk erhalten hatte, ihn vor Gericht laden ließ, damit er gezwungen würde, es gegen ein besseres auszutauschen; der Notar Artus, der eines Nachts als Rechtschaffener hatte; Millot-Nataut, Dichter und Schweibermeister, Verfasser des Liedes „Das heilige Weinstückchen“; ein alter Architekt, der seit zwanzig Jahren nicht nüchtern geworden war; Herr Miris, ein Arzt aus der Umgegend, der den Urin untersuchte; zwei angesehene Kaufleute, bemerkenswerter wegen ihrer Frivolität und ihres Appetits, und einige Jäger, welche die Tafel reichlich mit Wildpret versehen hatten.

Bei Benjamin's Anblick erhoben alle ein Weisheitsgeschrei und forderten ihn auf, sich zu Mische zu setzen.

Während der beiden ersten Gänge ging alles gut. Mein Onkel sprudelte von Geist und Wit; aber beim dritten erhob sich die Röhre: alles begann auf einmal zu schreien. Bald war die Unterhaltung nur noch ein Geflingel von Epigrammen, großen Worten und witzigen Einfällen, die alle auf einmal herausfahren und sich gegenseitig zu überbieten suchten; alles bildete einen Haufen, wie wenn ein Haufen Wälder untereinander gestößen würde.

(Fortsetzung folgt.)

beiter ins Stadtparlament entsenden, die die Interessen der Beschäftigten energisch vertritt.

Zu dem Erfolge unserer Agitation hat die Bedrängung des Konstitutionsrechts durch Herrn Debusmann wesentlich beigetragen. Eine Protestversammlung wird sich am Montag mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Dazu werden sowohl die betreffenden Gemeindeglieder erscheinen, als auch die beteiligten Beamten und diejenigen Stadtvorordneten eingeladen werden, von denen die Arbeiter eine Vertretung ihres guten Rechts erhoffen. In dieser Versammlung mag jeder Unbeteiligte sich überzeugen, auf welcher Seite das Recht ist.

Der Reichstag

hat am Dienstag seine Arbeiten nach der Osterpause wieder aufgenommen. Der Präsident konnte ein ziemlich gut besetztes Haus begrüßen, bei dem es allerdings zweifelhaft war, ob sich die zur Beschlußfähigkeit notwendige Anzahl Mitglieder zusammengefunden hätte. Beinahe wäre es gleich beim ersten Versammlungsversuche zu einer Probe gekommen. Es handelte sich um den Gesetzentwurf, der das Münzgesetz abändert, und anstelle der jetzigen Fünftagsmünzstücke, die häufig mit Behauptungen versehen werden, die Ausprägung neuer Münzen anordnet. Von diesen Münzen lagen einige Proben auf dem Tisch des Hauses, aber sie fanden nicht allgemeinen Beifall. Die neue Münze ist kleiner und dicker als die alte, sie hat einen runderen Rand und trägt als Aufschrift die Worte: 1/2 Mark. Während das Zentrum und die liberalen Parteien sich mit der Vorlage einverstanden erklärten, hielt unsere Fraktion, für die Genosse Wurm sprach, ebenso wie die Konservativen, eine Kommissionsberatung für erforderlich. Die Abstimmung blieb zweifelhaft. Unter großer Heftigkeit des Hauses einigte sich aber schließlich das Bureau dahin, daß die Mehrheit sich für Kommissionsberatung entschieden hätte. So ging die Gefahr einer Ausdehnung vorüber.

Ungleich wichtiger als dieser kleine Gesetzentwurf, der das Haus doch länger, als man vermuten konnte, in Anspruch genommen hatte, war die Fortsetzung der Staatsberatungen, die mit dem Staabschef Reichskanzler einsetzte. Hierzu war der Reichskanzler erschienen. Und da sich auch sein getreuer Gehilfe, der geheime Legationsrat Hamann im Hause aufhielt, so lag die Vermutung sehr nahe, daß Graf Bülow sich eine Rede über die auswärtige Lage und die Jesuitenfrage abzugeben würde. Die Erwartung wurde auch nicht getäuscht. Freilich gingen zunächst zwei kleine Scharmügel voran.

Herr Dr. Spahn hatte sich über eine, milde gesagt, starke Unhöflichkeit der preussischen Regierung gegenüber dem Reichstage zu beklagen. Im Saarrevier sind bei der Wahl des Oberbergamts Priester die üblichen Wahlbeeinflussungen vorgekommen. Der Reichstag hat Erhebungen beschlossen, die preussische Regierung aber machte einen Strich durch diesen Beschluß, indem sie ihre beteiligten Beamten nicht von der Amtsvorstellung entbunden hat. Dagegen ist ein Reklamat, der solche Wahlbeeinflussungen behauptet hatte, wegen Beleidigung verurteilt worden, obwohl ihm der Wahrheitsbeweis durch die amtliche Verifizierung der als Zeugen vorgeladenen Beamten unmissverständlich gemacht worden ist. *Einmal mehr ist es zu erwidern dem Zentrumsführer mit ausgesuchter Höflichkeit und Versprechung ihm, im Bundesrat dafür Vorkehrungen zu treffen, daß den Beschluß des einen gesetzgebenden Faktors des Reiches die notwendige Berücksichtigung gesichert würde. Offenbar bleibt es nicht bloß beim Versprechen. Dann wies Genosse Dr. David auf den Widerspruch hin, der in Sachen der Schiffsabgaben zwischen den Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage und der Erklärung des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten im Abgeordnetenhause liegt. Der Reichskanzler hatte die Frage, ob Artikel 64 der Reichsverfassung auch die Abgabefreiheit auf regulierten Straßen garantiert, mit einem unabweislichen Ja beantwortet. Herr Bubbe aber hatte die Erhebung von Gebühren für die Benutzung künstlich geschaffener Flußkorrekturen in Aussicht gestellt. Unser Redner wies auf den Zusammenhang der Bundesgesetzgebung mit der Kanalvorlage hin. Da die Konservativen Gegner der Abgabefreiheit auf den Flüssen sind, weil sie die Einfuhr importierten Getreides möglichst erschweren wollen, so stellt man ihnen eine Aufhebung der Abgabefreiheit, die die Arbeiter im Transportgewerbe und die Konsumenten belasten würde, in Aussicht, um sich auf Wetter für die wasserwirtschaftlichen Vorlagen zu sichern. Graf Poldowski, der anstelle des Reichskanzlers antwortete, hütelte sich wohlweislich, auf diesen Teil der Angelegenheit einzugehen. Er begnügte sich damit, den Widerspruch zwischen den Äußerungen des Reichskanzlers und des Herrn Bubbe in Abrede zu stellen, und, was wichtiger ist, darauf hinzuweisen, daß die Verträge zwischen Holland und Österreich zur Zeit jedenfalls die Erhebung von Abgaben auf Rhein und Elbe unmöglich machen.*

Im letzten Abschnitt der Sitzung erhob sich Herr Dr. Sattler um die offenbar vorher vereinbarte Anfrage an den Reichskanzler wegen der Vorgänge auf dem Gebiete der äußeren Politik zu richten. Er tat es mit jener bid aufgetragenen Bescheidenheit, die der nationalliberalen Mannessele anheft, wenn sie sich nach dem geheimnißvollen Wirken der Diplomatie erkundigt. Der Schluß der Rede bildete ein milder Angriff auf den Kuhhandel, den der Reichskanzler mit dem Zentrum gewohnheitsmäßig betreibt. — Graf Bülow, der hoch vorbereitet sein konnte, sprach außerordentlich schlecht. Er sagte dem Hause eine breite Dettelstuppe vor, auf der auch nicht ein Fetttügel schwamm. Seine Mitteilungen über die äußere Lage waren so inhaltslos wie möglich. Er bestritt, daß sich eine Beschreibung in der Politik der Weltmächte herausbilde und sah auch in dem englisch-französischen Abkommen kein Anzeichen dafür. Wie sehr sich die Bülow'sche Politik von Russland abhängig macht, dafür war die Mitteilung besonders charakteristisch, daß eine pessimistischere Beurteilung der Dinge im Osten durch die deutsche Regierung und ihre Presse schon deshalb ungewöhnlich gewesen wäre, weil sie Mitteilungen in Höhe Petersburgs herbeizuführen wüßten. Ueber Südwestafrika und Ostafrika hatte der Reichskanzler trotz seines Wortschwallens Neues nicht zu sagen. In der Jesuitenfrage bestritt er Angelegenheiten an dem Ultramontanismus gemacht oder Bundesregierungen verweigert zu haben. Er versicherte, wie im Abgeordnetenhause, daß er ohne das Zentrum verfassungsmäßig nicht agieren könne. Mit einem Nachruf auf die Geschehnisse in Südwestafrika, daß mit allen Kräften festgehalten werden soll, schloß die Rede, die ohne jeden Eindruck blieb. — Wogegen geht die Debatte weiter.

Japan und Rußland.

Die Russische Telegraphen-Agentur meldet: „Infolge Beschädigungen der Telegraphen durch Regengüsse war der telegraphische Verkehr einige Zeit unterbrochen. In der Nacht vom 10. d. M. traf Großfürst Boris Wladimirovitch ein. In der Osternacht wurde allgemein ein neuer Angriff der Japaner erwartet. Daher waren energische Schutzmaßregeln getroffen. Vizeadmiral Makarow, der die letzte Nacht getrossenen Vorfallsmaßregeln persönlich überwachte, verbrachte die Nacht zu Ostern auf einem Wachboot. In der Osternacht wurde der Gottesdienst in der Kirche bei verhängten Fenstern zelebriert. Nur dieser Umstand mit der Dunkelheit erinnerte an die Möglichkeit eines feindlichen Angriffs. Der Osterfesttag verlief ganz ruhig in Festtagsstimmung bei gutem Wetter. Die Truppen verlebten das Fest auf ihren Positionen in gehobener Stimmung. Heute kehrt unser Geschwader, aus allen großen Schlachtschiffen und Torpedobooten bestehend, das zu einer Kreustour weit in See gegangen war, in den Hafen zurück.“

General Blug teilt mit: Die aus chinesischer Quelle stammende Nachricht, es sei den Japanern gelungen, den Jalu zu überschreiten und es habe ein Vorpostengefecht zwischen ihrer Vorhut und einer großen russischen Abteilung stattgefunden, ist vollständig erfunden.

Die japanischen Behörden bestätigen, daß vielfach Schärmutzel zwischen Tschunsu und Widschu stattgefunden haben. Das Gros der japanischen Armee steht in der Nähe von Widschu.

Kleinere Nachrichten.

Ueber die Ausbeutung sibirischer Bauern erzählt der „Charb. Westn.“ als Beispiel, daß in einem Dorfe zwei Freischändler erschienen, welche den Dorfbewohnern erklärten, bald würden die Japaner erscheinen und ihnen alles Vieh abnehmen. Unter solchen Umständen sei es vernünftig, alles zu verkaufen, und sie, die Freischändler, würden ihnen, auf eigene Gefahr, noch verhältnismäßig hohe Preise zahlen. Diese Preise waren natürlich danach, aber die Bauern waren leichtgläubig genug, gaben ihr Vieh und bedankten sich noch für die Spottpreise.

Verhaftung in Nutschwang. Berichte über die rege Tätigkeit der Japaner in Korea und über die Ankunft japanischer Transportschiffe auf dem Jalu hatten die Garnison in Nutschwang zur Wachsamkeit an gegen einen möglichen japanischen Angriff. Als an der Mündung des Flußlaufes auslaufenden Schiffen Signale gegeben wurden, um die Wassertiefe anzugeben, gaben die Forts, welche die Signale mitverstanden hatten, 24 Schüsse auf Vorkanonen ab und ein nach auswärts bestimmtes Kaufschiffteil ab. Das Feuer benutzte die Einwohner der Stadt, da diese glaubten, die Japaner griffen Nutschwang an. Auch unter den Soldaten entstand Aufregung, sobald zwei sibirische Matrosen, die über den Fluß setzen wollten, von Schiffswachen erschossen wurden.

Die Einberufung der Landwehr der ersten Kategorie des sibirischen Militärbezirks ist auf kaiserlichen Befehl bis auf den 14. Juni verschoben worden, um die Auslastung zu ermöglichen.

Ein Schneesturm beschädigte in der Osternacht die Telegraphenlinie Blagowestschensk—Chaborow. Die Ausbesserung ist im Gange.

Politische Uebersicht.

Wie das Kaiserliche Reichsamt des Innern mit der Sozialdemokratie fraternisiert, wissen die „Hamburger Nachrichten“ recht anmutig zu erzählen. Da wird von dem Geschichtsbuch der Generalkommission der Gewerkschaften gesprochen und räsonniert:

Nach dem Bericht hat sich das Statistische Amt des Deutschen Reichs mehrfach an die Generalkommission gewandt und um Mithilfe bei statistischen Arbeiten ersucht. Für das Reichsarchiv hat das Statistische Amt fortlaufend die Materialien aus den gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungstellen erbeten. Das Kaiserliche Statistische Amt hat ferner fortlaufend Anstalten über die Zahl der Arbeitslosen gewahrt. Der Plan für diese Statistik wurde in den Räumen des Statistischen Amtes in einer Sitzung festgelegt, an der die Vorsitzenden derjenigen Verbände teilnahmen, die Arbeitslosenunterstützungen zahlen. Den Vorsitz führte der Präsident des Statistischen Amtes. Auch Sozialisten zu sammeln und dem Statistischen Amt zur Verfügung zu stellen, war ein Anliegen an die sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisation.

Das Scharfmacherblatt bekämpft dann seine ganze gemüthliche Entrüstung über diese Intimität zwischen den Beamten eines monarchischen Staatswesens und den „geschworenen Feinden der bürgerlichen Gesellschaft“, den „Agitatoren“ und „vaterlandslosen Gesellen“, der „verruchten Motte“ der Sozialdemokraten, um schließlich die — Berufsorganisationen als ausreichende Organe für bergleichen statistische Ermittlungen zu empfehlen. Das ist des Pudels Kern: Die Scharfmacher scheuen die unbefangene Berichterstattung der Gewerkschaftskommission und möchten an deren Stelle lieber die Ermittlungen „Unbeteiligter“, der Unternehmerorganisationen, setzen. Im übrigen wollen wir den „Hamb. Nachr.“ verraten, daß sich etwas noch viel Furchtbarereres als dieser kompromittierende Verkehr zwischen kaiserlichen Beamten und Gewerkschaftsbeamten alltäglich im Reichstag und in dessen Kommissionen abspielt: dort tauschen die Herrschaften mit leibhaftigen Sozialdemokraten nicht bloß schriftlich, sondern sogar mündlich ihre Meinung aus, und der monarchische Staat ist immer noch gerettet!

Bei den Generalläusen in Südwestafrika ist auch ein junger Nürnberger Sozialdemokrat gefallen. Am Sonntag erhielt unser alter Parteigenosse Wilhelm Huber in Nürnberg, seit mehr als dreißig Jahren einer der fleißigsten Agitatoren für unsere Sache, aus Südwestafrika folgendes Telegramm:

„In einem Gefecht bei Maharn starb Seefolbat Andreas Huber. Nähere Angaben folgen so bald wie möglich. Seien Sie innigster Anteilnahme versichert usw.“

Das I. Seebataillon.

Der Gefallene war keiner von den „schlecht schlafenden, aber gut gefüllten Soldaten“ des preussischen Kriegsministers. Trotz seiner Jugend war er schon ein eifriger Verfechter des Sozialismus. Noch bei der vorigen Reichstagswahlagitation entfaltete er eine rührige Tätigkeit, um unserer Partei neue Anhänger zuzuführen. Auch für seine Gewerkschaft, den Deutschen Metallarbeiterverband, war er bei jeder Gelegenheit ein fleißiger und erfolgreicher Agitator. Voriges Jahr wurde er zum I. Seebataillon ausgehoben, am 15. Januar mußte er nach Südwestafrika abrücken, wo er jetzt gefallen ist.

Ein Duell scheint ein Zwischenruf im Reichstag noch zur Folge haben zu sollen. Am 4. März brachte der Abg. Bebel im Reichstag den Inhalt des Buches des Grafen v. Dauliffin (Freiherrn v. Schlicht) „Erschlaffte Menschen“ zur Sprache. Hierbei spielte sich eine Scene ab, über welche der stenographische Bericht wörtlich wie folgt berichtet. Bebel sagte:

„Ich fürchte, daß nach den Vorgängen in Forbach, wo man auch nicht anstandslos hatte, daß es wahr wäre, was Wille schildert, und dann nur Ueberzeugung erfuhr, daß alles wahr war, keine Meinung haben wird, gegen den Grafen Dauliffin einen zweiten Prozeß ins Leben zu rufen. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Soa.) — Große Unruhe rechts.) Ich halte dies vom Standpunkt der Militärverwaltung auch bis zu einem gewissen Grade für gerechtfertigt. Aber wenn ein Mann aus einer gewissen Adelsfamilie Deutschlands (Bursch rechts.) — Pamp wird mir zugerufen. Das ist nicht meine Sache. Ich weiß ja, daß es Kampfen in diesen Kreisen im Dille und Fülle gibt, weit mehr, als man bisher glaubte. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Soa.) — Große Unruhe rechts.) daß der Graf Dauliffin, der bekannte Schriftsteller, von den Herren von der Rechten als Pamp bezeichnet wird, da weiß ich nicht, mit welchem Rechte.“

Graf Dauliffin teilt nun dem „Berl. Börsen-Cour.“ mit, daß, nachdem er auf seiner Orientreise am 10. März in Alexandrien von dem ihn aufs schwerste beleidigenden Zwischenruf Kenntnis erhalten habe, er umgehend den Reichstagspräsidenten Grafen Vallasireum um die Mitteilung des Namens desjenigen Abgeordneten gebeten habe, „der meine Ehre aufs schwerste verletzt hat, um die Angelegenheit alsdann sofort in geeigneter Weise zum Austrag bringen zu können“. Nach seiner Rückkehr nach Dresden hat Graf Dauliffin von der Antwort des Reichstagspräsidenten Kenntnis erhalten, welche besagt, daß die Geschäftsordnung des Reichstags keine Handhabe biete, einem von der amtlichen Stenographie nicht wiedergegebenen Zwischenruf der Ermittlung durch Vorlesung der Sitzungsprotokolle des Grafen Dauliffin entgegenzuführen. Graf Dauliffin schließt sein Schreiben an den „Börsen-Cour.“: „Demgemäß habe ich selbstverständlich jetzt sofort die weiteren mir geeignet erscheinenden Schritte getan.“

Justitia und Feuerbestattung. In dem von uns bereits generell kritisierten, die Frage der Feuerbestattung betreffenden Bericht der Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses kommen folgende besonders bemerkenswerte Stellen vor:

Vom gerichtlichen Standpunkte aus sprächen ebenfalls der achtenswerte Gründe gegen die Feuerbestattung. Wenn erst längere Zeit nach dem Tode einer Person der Verdacht aufsteige, sie könne getödtet worden sein, so sei eine Untersuchung nach der Verbrennung unmöglich. Die obligatorische Leichenschau durch Ärzte sei in Preußen noch nicht möglich, die Leichenschau durch Laien sei ungenügend.

Aber auch wenn die Leichenschau durchführbar wäre, genügt sie nicht. Denn auch der Arzt kann einer Leiche nicht ohne weiteres die Todesursache ansehen. Bei Feststellung einer Vergiftung ist allemal die Obduktion erforderlich. Wollte man also die fakultative Feuerbestattung zulassen, so müßte man verlangen, daß jede Leiche ordnungsmäßig obduziert wird. Es fragt sich sehr, ob die Anhängen der Feuerbestattung damit einverstanden sein würden. Es würde die Anwesenheit der Verstorbenen schwerlich zuzulassen, auch würde es die Kosten der Bestattung wesentlich erhöhen. Aus allen diesen Gründen ist die Staatsregierung gegen die Einführung der fakultativen Feuerbestattung.

Der Kommissar des Justizministeriums führte im Anschluß hieran aus, daß seit 1892 in fünfzehn Fällen Todesurteile wegen Mordes gefällt worden sind, nachdem die Feststellung des objektiven Tatbestandes lediglich durch die — zuweilen erst nach längerer Zeit erfolgte — Exhumierung der Leichen der Getödteten ermöglicht worden war.

Selbst wenn man die Obduktion einer jeden durch Feuer zu bestattenden Leiche vorschreiben wollte, würden die vom kriminalistischen Standpunkte zu erhebenden Bedenken nicht vollständig beseitigt werden, weil das Vorhandensein von Gift nicht selten erst bei einer genaueren chemischen Untersuchung des Mageninhalts oder einzelner Leichenteile festzustellen sei.“

Es ist unmöglich, die Abweisung der Feuerbestattung mit solchen Gründen rechtfertigen zu wollen. Im „Kulturstaat“ Preußen ist die obligatorische Leichenschau durch Ärzte „noch nicht möglich“! Wie tief beschämend ist doch dieses Argument für Preußen und Deutschland!

Bülow's Werke in Rußland verboten. Der ultramontane „Westfälische Merkur“ in Münster berichtet, daß seine Nummer mit Graf Bülow's Rede über die Abweisung der russischen Studenten in Warschau wegen Gefahr politischer Verhörung von der Departements-Zensurbehörde beschlagnahmt worden ist. Rußland denkt offenbar: Wenn Gott mich nicht vor meinen Fremden schützt, muß ich mich selber schützen. Es ist nur schade um die schönen Bitate, mit denen die Rede gespickt war.

Wenn also Bülow russischer Student wäre, hielt man ihn darüber auch für einen Anarchisten!

Aus dem Lande der Schulen. Außerordentliche Ferien hat die Schule zu Alt-Beelitz in der Mark. Die erste Lehrerstelle ist wegen des Lehrermangels seit Renzjahr unbesetzt, und der zweite Lehrer mußte sowohl im Schulamt als im Kirchenamt die Vertretung übernehmen. Für die 140 Kinder wird nun Halbtagschule eingerichtet. Seit einiger Zeit ist der zweite Lehrer indes erkrankt und kann den Dienst nicht versehen; da anderweiter Ersatz nicht zu beschaffen ist, so wird seitdem kein Unterricht mehr erteilt!

Der Abgeordnete Prätorius, früherer Vertreter des Wahlkreises Randow-Greifenhagen Mitglied der konservativen Partei, ist gestorben.

Ausland.

Schon wieder ein schreckliches Attentat. Aus Spanien wird berichtet:

Barcelona, 12. April. Gegen den Ministerpräsidenten Maura wurde beim Verlassen des Generalratsgebäudes ein Anschlag verübt. Maura wurde durch einen Dolchstoß verwundet.

Ein späteres Telegramm sagt:

Madrid, 12. April. Nach weiteren Meldungen aus Barcelona hat sich der Vorfall wie folgt abgespielt: Ein junger, gut gekleideter Mann trat sich mit geballter Faust auf den Rücken des Ministerpräsidenten und versuchte, diesen zu treffen. Er wurde sofort verhaftet. Maura fuhr unverletzt davon.

Der Dolchstich hat sich in wenigen Stunden in einen versuchten Faustschlag umgewandelt. Zur Aufklärung kommt dann folgende Mitteilung:

Das Gerlach, Maura sei durch einen Dolchstoß verwundet worden, entfiel in der Panik, die bei dem Vorfall sich der umstehenden Volkmenge bemächtigte, welche schreiend auseinanderbrach. Die Menge beruhigte sich jedoch bald, als sich herausstellte, daß der Angreifer keine Waise gehabt habe, was man sah, daß Maura unbeschädigt davonfuhr.

Nach mit diesem Attentat war es nicht.
In Madrid ist es wieder einmal zu heftigen antikeritalen Demonstrationen gekommen, deren äußeren Anlaß ein dort abgehaltene religiöse Prozession gab. Eine große Anzahl von Antiklerikalen veranstaltete Gegenkundgebungen, unter Schreien auf das Dreieck. Als einige Schüsse fielen, bemächtigte sich der Menge eine Panik. Die Veranstalter der Kundgebungen warfen mit Steinen nach dem Haupte des Altarweihers. Die Polizei gab darauf Feuer und verwundete mehrere Personen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Partei-Angelegenheiten.

Ense Michel — in der Genesung? Eine überraschende Meldung kommt aus Toulon. Ense Michel, die schon seit längerer Zeit im Leben erhalten werden. Das Bulletin ihres Arztes sagt: „Das allgemeine Befinden hat sich gebessert, die Schwäche ist noch immer groß, absolute Ruhe ist vonnöten.“ Der Arzt hofft, daß die Patientin bald genesen wird. Die Nachricht dürfte überall, wo die antike Revolutionärin Sympathien genießt — und das ist überall, wo es eine für ihre Freisetzung kämpfende Arbeiterschaft gibt — Freude erwecken. Der Volksaberglaube schreibt bekanntlich Feinden, die fälschlich für tot abgegeben worden sind, die Gewißheit eines hohen Alters zu.

Arbeiterbewegung.

Der Achtstundentag der Berliner Pauer ist ohne jede Schwierigkeit auf den ganzen Vint durchgeführt. Wie am Sonntag in einer Mitgliederversammlung der Section der Pauer mitgeteilt wurde, haben sich die Beschäftigten, welche in der Versammlung, die den Achtstundentag beschloß, größerer Anwesenheit erwiesen. Seit dem 1. April arbeiten die Arbeiter, mit vereinzelten Ausnahmen, acht Stunden. Seitens der Unternehmer ist ihnen bis jetzt die geringste Widerstand entgegenzusetzen. Die Unternehmer haben auch nicht die Abschlagszahlungen mit Rücksicht auf die verfallene Arbeitszeit herabgesetzt. Es haben sich also keinerlei Differenzen wegen der Einführung des Achtstundentages ergeben. Es erscheint zwar nicht sicher, ob der Verband der Baugeschäfte nicht noch nachträglich etwas gegen die Verthigung der Arbeitszeit unternehmen wird, aber einen Erfolg können derartige Maßnahmen nicht haben, da die Pauer gerüstet sind, um alle Gegenmaßnahmen gegen die Durchführung des Achtstundentages abzuwehren.
Der Streit der Schneider in Mannheim ist, dem „Berl. Volant.“ zufolge, heute nach einer Dauer von 4 1/2 Monaten zu Gunsten der Arbeiter mehr beendet.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 18. April 1908.

* Am 1. Mai demonstriert das Proletariat aller Zungen für den Völkfrieden, gegen den Krieg, für den Achtstundentag und den Arbeiterschutz, gegen urylose Ausbeutung. Überall, wo aufgeklärte Arbeiter wohnen, versammeln sie sich, um diese Ideen zu propagieren, neue Anhänger zu werben und der Bourgeoisie die Forderungen des vierten Standes aufs neue ins Gedächtnis zu rufen. Auch in Schlesien sind die Genossen am Werke, um die diesjährige Feler vorzubereiten.

In Breslau findet am Morgen des 1. Mai, der in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, eine Volksversammlung im Gewerkschaftshause statt, der Redner des Tages wird noch bekannt gegeben. Nachmittags folgt für die Familien eine Feler im Saale und, wenn möglich, in den Gärten des Gewerkschaftshauses. Der Arbeiter-Sängerbund und der Arbeiter-Turnverein haben ihre Mitwirkung am Programm zugesagt, durch Konzert und Tanz wird für die Unterhaltung gesorgt. Programme zu der Maifeler sind von heute an in der „Volkswacht“ und bei den Distriktsführern des Sozialdemokratischen Vereins zu haben. Im Interesse einer großen Demonstration liegt es, wenn schon jetzt sich die Genossen um den Vertrieb der Programme bemühen.

* Vom preussischen Fiskus. Vor kurzem beschäftigte sich der Bezirksausschuß in Oppeln mit einer verfassungsrechtlichen Streitigkeit, die im Oberschlesien größeres Aufsehen erregt und demnächst auch im preussischen Landtage zur Sprache gebracht werden soll. In der fiskalischen Friedrichshütte bei Tarnowitz wurden vor zwei Jahren fünf Kesseln aufgestellt, die auf Grund eines vom Fiskus für 400,000 Mark erworbenen englischen Patents konstruiert waren. Nach dem neuen Verfahren wird die Kesseltät nicht mehr mit der Hand, sondern durch einen Mechanismus geschürt, der den Betrieb rationeller gestaltet, insbesondere aber auch Arbeitskräfte erspart. Die neuen Kesseln wurden in Betrieb gesetzt, ohne daß der Fiskus es für nötig hielt, die gesetzliche Genehmigung einzuholen. Bald zeigte sich jedoch, daß die neuen Kesseln für die umliegenden Ortschaften geradezu schreckliche Wirkungen hatten. Die niederschlagenden schwefeligen Säuren hinderten rheblich das Wachstum auf Feldern und Wiesen, die erzielten spärlichen Bodenfrüchte aber waren für Mensch und Vieh ungenießbar, oder doch nur mit Schäden an der Gesundheit zu genießen. Auch auf das Wachstum des Viehes übten die giftigen Dämpfe großen Nachteil, in manchen Fällen ging das Vieh direkt zu Grunde. Die vergifteten Abwässer vernichteten dazu den Fischbestand in der Stela. Bald aber zeigten sich auch bei Menschen erhebliche Gesundheitsstörungen und nun fanden sich schließlich Leute, die den Mut hatten, gegen den Betrieb der neuen Kesseln bei der Behörde Einspruch zu erheben. Die Arbeiter und Beamten der Hütte, die naturgemäß am schwersten unter der Vergiftung der Luft zu leiden hatten, konnten natürlich einen Einspruch nicht riskieren. Erst nachdem diese unerhörte fiskalische Wirtschast zwei Jahre gedauert hatte, wurde ein Termin zur Prüfung der Einsprüche angesetzt. Nicht weniger wie fünf Gemeinden, die Donnerstagsangehörige Verwaltung und über 200 Privatinteressenten hatten Einspruch gegen den Betrieb erhoben. Im Termin bestritt der Fiskus die Schädlichkeit der giftigen Gase für den menschlichen Körper, behauptet im übrigen jedoch, daß Schadenersatzansprüche in entgegenkommendster Weise erfüllt worden seien. Dagegen wurde u. A. vom Gemeindevorsteher von Pinosna nachgewiesen, daß die letztere Behauptung durchaus unmaß sei! Viele vom Kreistaxator beanspruchten Sätze seien ganz be-

deutend, z. B. von 188 Mk. auf 12 Mk. herabgesetzt worden. Die schwer geschädigten Arbeiter und Angehörigen der Hütte klagten nicht aus Furcht vor Entlassung. Die Einsprüche wurden an den Bezirksausschuß weitergegeben und dieser vernahm mehrere Sachverständige, die in ihren Gutachten die Klagen und Beschwerden der Interessenten größtenteils für berechtigt erklärten. Daraufhin hat dann der Bezirksausschuß in Oppeln vor kurzem den vom königlichen Hüttenamt jetzt (nach zwei Jahren!) gestellten Antrag auf Konfessionierung der Anlage abgelehnt und die Kosten des gesamten Verfahrens dem Hüttenamt auferlegt.
Neuerdings wird die Sache im Handelsministerium „bearbeitet“, von wo aus auch schon ein Geheimrat nach Friedrichshütte geschickt war, um die Sache näher zu untersuchen. Bemerkenswert ist allerdings sowohl die Leichtfertigkeit, mit der man hunderttausende aus Staatsmitteln zur „Prüfung“ eines neuen Patents opfert, wie die Verstocktheit, mit der den wirtschaftlichen Interessen, ja Gesundheit und Leben der Steuerzahler hier seitens des Fiskus begegnet wurde.

* Aufgehoben wurde am heutigen Mittwoch das Urteil des Schöffengerichts gegen die Leiter des Metallarbeiter-Verbandes Schlegel und Kordyke, die wegen Abhaltung einer polizeilich nicht gemeldeten Versammlung zu je 15 Mk. verurteilt waren. Es handelt sich um die Veranstaltung einer Werkstättenversammlung der Arbeiter der Linke'schen Fabrik, die polizeilich aufgelöst wurde. Das Urteil wurde, wie gesagt, aufgehoben und auf Freisprechung erlannt.

* Die Voreingenommenheit der Verletzten, sich in dem Institut für Unfallverletzte behandeln zu lassen, ist bekannt. Folgender Fall beweist dies aufs neue:

Der im Betriebe der Firma Sporleder in Herdau beschäftigte gewesene Maschinenarbeiter Dede verunfallte voriges Jahr im Betriebe und erlitt dabei eine schwere Verletzung an den Füßen. Der Mann hatte lange Zeit im Krankenhaus zubringen müssen und kam dann in das Unfallinstitut zur weiteren Erhaltung und die Operation am dem Verletzten vollzogen. Er wurde kurze Zeit darauf aus dem Institut entlassen mit der Bestimmung, sich im Institut noch einige Zeit ambulatorisch behandeln zu lassen. Nach dem abgegebenen Kollektiv-Gutachten der Institutsärzte war Dede noch um 50 Prozent erwerbsbeschränkt und diese Rente sollte er auch von der Berufs-Genossenschaft erhalten. Der Arbeiter, der Frau und Kinder zu erhalten hat, die während seiner Krankheit Not litten, mußte trotz seines bedauerlichen Zustandes Arbeit suchen und er erhielt auch welche, wenn auch zu niedrigerem Lohne. Der Dede, sich weiter behandeln zu lassen, kam Dede nicht nach. Er suchte, es könnte an ihm nochmals eine Operation vollzogen und ihm auch die Bege des anderen Fußes eingeschlagen werden. Seine Familie hätte lange darben müssen, wenn er wieder aus Krankentheil gefehlt werden sollte, würde die Not noch größer werden. Er war ja froh, wieder Arbeit gefunden zu haben. Einen Vorstoß auf die Rente zu zahlen, hatte die Berufs-Genossenschaft abgelehnt. In Folge der Weigerung erhielt der Mann von der Berufs-Genossenschaft die Mitteilung, daß ihm auf Grund des § 28 Absatz 2 des Unfallversicherungs-Gesetzes die Rente auf ein Jahr gesperrt wird. Hiergegen strengte der Verletzte Klage beim Schiedsgericht an. In der mündlichen Verhandlung am 8. d. Mts., brachte der Kläger die Gründe vor, die ihn abhielten, der Anordnung Folge zu leisten und hat der Genossenschaft aufgegeben, die Rente ohne Unterbrechung zu zahlen. Der Genossenschaftsvertreter beantragte dagegen die Abweisung, der Kläger sei gesetzlich verpflichtet, den Anordnungen nachzukommen. So wäre keine Einbringung in der Arbeitsleistung eingetreten, dem Kläger hätte sich die Zeit einrichten können, wie er wollte, die Stunde war ihm nicht vorgezeichnet. Der Arzt habe eine weitere Behandlung für notwendig erklärt und dieser drittel Kläger sich nicht entziehen.

Das Schiedsgericht entschied, daß die Sperrung der Rente im vorliegenden Fall nicht berechtigt sei. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts kann ein Verletzter zu einer Operation von Gliedmaßen gezwungen werden. Es werde zwar behauptet, daß ein Zwang nicht angewendet werden sollte, der Kläger sei aber nach Ansicht des Schiedsgerichts zu der Annahme berechtigt gewesen, daß an ihm noch eine Operation vollzogen werden sollte. — Unzweifelhaft sollte die Nachbehandlung zur Herabsetzung der Rente dienen.

* Zur Lohnbewegung der Stukkateure erfahren wir, daß durchgängig die Lohnforderungen der Gehilfenschaft bewilligt wurden, ausgenommen die eine, daß der Stundenlohn der Stukker nicht 50 Pf., sondern nur 48 Pf. betragen solle. Diese Abmachungen gelten auf die Zeitdauer zweier Jahre, anfangt wie bisher auf ein Jahr.

* Eine Frauenversammlung fand gestern Abend im Gewerkschaftshause statt, deren Besuch leider zu wünschenswert ist. Der Vorsitz führte Genossin Wels. In Anbetracht, daß gegenwärtig allgemein die Frage der Heimarbeit großes Interesse nachgerufen hat, verbreitete sich Genossin Dars in feinem Referat über die Schäden dieser Betriebsform und die Mittel zur ihrer Beseitigung, wobei er die Ansicht vertrat, daß die Heimarbeit gänzlich zu beseitigen sei. In der Diskussion hob Genossin Hoffmann das Recht der Frau auf Arbeit hervor, welches jedoch der Referent den Frauen gänzlich bestritten hatte, indem sich derselbe nur gegen eine allgemein als schädlich anerkannte Betriebsform gewandt hatte. Gen. Jakobowitz verlas zwei Novellen und die Genossinnen Pöbe und Hoffmann brachten einige Gedichte zum Vortrag, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

* In der Nacht. Der Kaufmann Karl Pantel hatte von der Polizei die Erlaubnis erhalten, während der Einrichtung seines neuen Warenhauses Nikolaisstraße 16/17 vom 5. bis 19. September seine Angestellten über die gezielte zulässige Arbeitszeit zu beschäftigen. Die Verläuferinnen und Lehrlinge arbeiteten daher täglich bis gegen 1/2 Uhr Nachts. Die Ausgangs waren verschlossen und an die der Portier postiert mit der Weisung, daß er seine Stellung sofort verliere, wenn er jemanden hinauslasse. Eine übermüdete Verkäuferin wollte eher nach Hause gehen, wurde jedoch von dem Portier unter Hinweis auf den erhaltenen strikten Befehl zurückgehalten. Sie erkrankte an der Zeit, weil auch nach der Eröffnung des Warenhauses die Angestellten widerrechtlich zurückgehalten wurden. Der Staatsanwalt leitete ein Vergehen gegen Pantel ein, der sich am Dienstag vor dem heiligen Schöffengericht wegen Uebertretung der Gewerbeordnung zu verantworten hatte. Das Gericht sprach ihn jedoch frei unter der Begründung, daß Pantel infolge polizeilicher Genehmigungen wohl berechtigt war, sein Personal auch nach der bereits erfolgten Eröffnung des Warenhauses über die tägliche Arbeitszeit zu beschäftigen.

* Stadttheater. Friedrich Hebbels gewaltige Tragödie „Hedwigs und Marianne“, die mit großem Erfolge in das Repertoire aufgenommen wurde, gelangt heute Mittwoch zum zweiten Male zur Aufführung. — Morgen Donnerstag wird Siegfried Wagners Oper „Der Ring“ zum 8. Male gegeben. — Freitag geht Mozart's Oper „Die Entführung aus dem Serail“ und dazu das Laus-Dobertissement „Sonne und Erde“ in Szene. — Für Sonnabend ist die erste Aufführung in dieser Spielzeit von Rich. Wagners „Das Rheingold“ angesetzt.

* Hoftheater. Heute Mittwoch findet die 26. Aufführung von Richard Wagners Operette „Der Nibelungen“ statt. — Morgen Donnerstag wird Beethoven's bedauerliches Drama „Balthasar“ zum 47. Male gegeben. — Freitag geht „Der Nibelungen“ in Szene. — Sonnabend findet die Premiere von Hugo v. Hofmannsthal's Tragödie „Elektra“ statt. Die Habel des Stückes schließt sich an diejenige des Sophokleischen „Elektra“ an, behandelt das Thema jedoch in einem individuellen modernen Geiste. Die himmelstürmische Dichtung wird von einer künstlerisch ausgeführten Dekoration umrahmt sein, welche die Mater Bronski und Impresario in Berlin für das Hoftheater, genau nach dem Vorbilde des Meines Theaters in Berlin, herstellen. Den Abend eröffnet Hugo v. Hofmannsthal's Dichtung „Die Frau im Fenster“.

* Thalia-Theater. Sonntag wird im Thalia-Theater zum 1. Male: „Der Hochzeitsstag“, Schwan in 4 Akten von Wilhelm Wolters und Konrad Schwanke, zur Aufführung gebracht. Den Abend eröffnet die Feste „Wasser und Weis“ von Georg Ring und Konrad Dreher.

* Volkstheater. Als zweite Vorstellung für Gruppe L wird Donnerstag Schwanke und Rabelhans Schwanke „Zwei städtische Tage“ gegeben.

Oppeln, 11. April. Betriebsunfall. Am 7. d. Mts. wollte der im Betriebe der Robert Richerdschen Fabrik beschäftigte Arbeiter Arthur Giesla aus Oppeln ein an der Transmission befindliches Lager schmierieren. Giesla wurde von der Transmission erfaßt, so daß der linke Arm um die Transmissionswelle gebohrt wurde und Giesla mit der Brust auf die Welle zu liegen kam. Hierbei zog sich Giesla einen Bruch des linken Oberarmes und eine erhebliche Quetschung der Brust zu, so daß seine Ueberführung nach dem St. Adalbert-Hospital notwendig wurde.

Kreuzburg, 12. April. Ergriffener Flüchtling. Am Freitag machte sich in Wroslaw, Kreis Kreuzburg, ein junger Mann in Anstaltskleidung dadurch verdächtig, daß er in einer Arbeiterfamilie um eine Dose ansprach. Man erkannte in ihm den Inhaftenen eines Gefängnisses und hielt ihn fest. Als er nach Kreuzburg transportiert werden sollte, suchte er sein Heil in der Flucht, wurde aber eingeholt und dem inzwischen herbeigekommenen Gendarmen Maloral übergeben, der ihn im Kreuzburger Gefängnis abstellte. Hier war man erfreut über die schnelle Rückkehr des gewiegten Ausbrechers, dem es merkwürdigerweise gelungen war, aus der Krankenstube zu entweichen und das Freie zu gewinnen, nachdem er mittels eines entworfenen Stils Draht selbst geschnitten mehrere Schließwerke geöffnet hat. Der Wiedereingekerkerte ist ein Dieb und Hochstapler, der sich auf seinen Kunststücken bald „Kunstmalers Julius Sudo“ bald „Freiherr von Sudo“ genannt hatte.

Japan und Rußland.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan. 50 Japaner niedergemacht!

Die russische Telegraphenagentur meldet: Nach einem amtlichen Drahtbericht vom 10. April des Generals Kropotkin an den Kaiser schied in der Nacht vom 8. April General Kaschalin an den Küsten der Insel Utsche Uter des Jaluflußes Wlischu gegenüber. Die Jäger setzten unter dem Befehl des Leutnants Dinibomisch und Unterleutnants Potemkin auf die Insel Somalin (?) über und saßen eine japanische Aufklärungsparade, 50 Gewehre stark, in dem Augenblick ab, als diese an der Ostküste der Insel mit zwei Booten anlegten; die Russen ließen sie landen und gaben abkann Feuer. Fast alle Japaner wurden erschossen, erschossen oder ertranken. Ihre Fahrzeuge wurden in die Luft gesprengt. Auf russischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. Am nächsten Tage wehte die japanische Fahne Halbmaße. Die vorher bemerkten Posten zogen sich in der Nacht auf den 9. April zurück. Vier russische Jäger setzten bei Jongsampo über, und begaben sich ins Dorf, wo sie sich 12 Stunden lang aufhielten. Als sie dann von Koreanern verraten wurden, haben sie sich erwehrt, schließlich wieder ein Boot zu besteigen. Dieses fuhr auf eine Sandbank auf, wobei ein Mann ertrank. Die Japaner hatten die Befolgung der Russen aufgenommen, wurden aber von einer russischen Barke angegriffen, die den im Wasser treibenden Jägern zu Hilfe geeilt war. Die Japaner wurden sämtlich niedergemacht und ihr Boot verbrannt. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Ueber den Anschlag auf den spanischen Ministerpräsidenten

werden widersprechende Nachrichten verbreitet: Um 7 Uhr Abends erschienen die ersten Meldungen, welche besagten, daß auf den Ministerpräsidenten ein Anschlag verübt wurde, bei dem er verwundet wurde. Die Meldungen werden jetzt offiziell aufrecht erhalten und wird weiter folgendes berichtet: Der Täter hielt in der Hand ein Küchenmesser, mit dem er Maura zu stechen versuchte. Die Waffe glitt aber an der Kleidung der Kleidung Maura's ab und verursachte nur einen leichten Witz von zwei Zentimeter Länge längs der sechsten Rippe. Der Arzt, der Maura untersuchte, beschränkte sich darauf, Maura einige Stunden Ruhe zu verschreiben. Der Täter ist der Bediente Joachim Michel Aral. Er wechelte sich bei seiner Verhaftung derart, daß er sich den Kopf an der Mauer blutig stieß unter Ausrufen: „Es lebe die Anarchie!“

Maura hat bis jetzt kein Fieber. Er ist sehr niedergeschlagen. Man glaubt nicht, daß er die Reise nach den Balearen unternommen werde. Gestern Abend wurden eine Anzahl Arbeiter verhaftet, welche ihrer Bestrebungen über das Attentat Ausdruck gaben. Die Presse verurteilt den Vorfall aufs Schärfste.

Aral, der Urheber des Anschlages gegen den Ministerpräsidenten Maura, ist Bildhauer, aber da er seit einiger Zeit arbeitslos war, hatte er eine Stelle als Bedienter angenommen. Aral leugnet, Mithilfliche zu haben, er habe aus eigenem Antrieb gehandelt. Der Ministerpräsident ist Abends infolge des Vorfalls in Barcelona zusammengetreten.

Das offiziöse Dementi, welches nur von einem Fauchschlag auf Maura wissen will, wird in Madrid nicht geglaubt; vielmehr verlangt, daß der Minister selbst den Dolch aus der Wunde herausgezogen habe. Der Stoß war durch die Goldstickerei der Uniform zwar erheblich abgeschwächt worden, aber doch ziemlich tief in das Fleisch eingedrungen.

Stimmelhoch jauchzend, zum Tode betrübt. Nach einem Streit mit seiner Geliebten verlegte sich am Montag Abend in Berlin der 25 Jahre alte Schriftsteller Richard Fleischer, Mitinhaber einer Verlagsanstalt in der Halle'schenstraße 23, mit Leuchtgas zu vergiften. Fleischer hatte ein Verhältnis mit einer Schauspielerin, Fräulein Dohme, vom Centraltheater. Nachdem er sich gestern Abend mit dieser getraut hatte, ging er in ein Hotel in der Javalienstraße, in dem er meistens wohnt, weil er viel auf Reisen ist, und öffnete in seinem Zimmer den Gasbrenner, um sich durch das austretende Gas zu töten. Fräulein Dohme bemerkte den Streit und ging ihrem Geliebten nach, um sich mit ihm zu verständigen. Sie kam gerade noch zur rechten Zeit, um ihm das Leben zu retten, und ließ ihn in ein Krankenhaus bringen.

Die Pöken in Bochum. In Bochum kamen drei neue Pökenfälle sowie ein verdächtiger Fall vor. Das General-Landgericht ordnet für den Stadt- und Landkreis Bochum den Ausfall der Kontrollversammlungen an.

Wieder einer! Der gegen den katholischen Pfarrer Hagenhoff aus Hergen im Kreis Heinsberg erlassene Steckbrief beruht wie aus demselben hervorgeht, auf einer bei der Staatsanwaltschaft zuachen eingegangenen Anzeige, daß Hagenhoff sich an mehreren Schulen in dem stillig vergangen hätte, die er im Kommunikations-Unterricht hatte. Die Klagen sind infolge der Vorwurfsliste in diesem Jahre von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen worden.

Wirkliche. Madischer Abzugskasse. Die Adresse lautet: G. Sachs, Frankfurt a. M., Schlegelstraße 11.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 16. April:
Ärztler-Versammlung. Abrechnung pro 1. Quartal. Zimmer Nr. 2.
Tapetiererverband. Zimmer Nr. 3 und 4.
 Sonntag, den 17. April:
Arbeiter-Sängerbund. Ausschlußprüfung. Vormittags 10 Uhr. Zimmer Nr. 5.
 Dienstag, den 19. April:
große Turnerschaft. Monatsversammlung. Zimmer Nr. 1.
 Sonntag, den 24. April:
Öffentliche Tapetiererverammlung. Vortrag des Meisters Wehrlein. Vormittags 1/2 11 Uhr. Zimmer Nr. 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Grabscher Vorstadt).
 Die Bezirksführer werden zur Regulierung der Karten etc. zum Sonntag, früh 10 Uhr eingeladen.
Distrikt II (Wilsdorf-Vorstadt).
Bezirksführer. Freitag, den 15. d. Mts., Abends 8 Uhr Empfangnahme der Programme zur Waiseler.
Bezirk 15. Die Abgabende finden jeden Sonnabend nach dem 15. eines Monats statt, Abends 8 1/2 Uhr, im besaanten Lokal. Der Bezirksführer.
Bezirk 111 u. 112 (Pöpeloh). Mittwoch, den 15. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Lokal 2.
Distrikt III (Ober-Vorstadt).
 Sonntag, den 17. April, früh 8 Uhr: "Volkswacht-Agitation" im bestimmten Lokal. Um recht pünktliches Erscheinen ersucht. Der Distriktsführer.
Bezirk 31, 32, 33, 36. Sonnabend, den 16. April: Abgabende.

Bezirk 34, 35, 37, 38. Donnerstag, den 14. April: Abgabende.

Distrikt VII (Innere Stadt).
 Die Bezirksführer und Stellvertreter werden ersucht, Mittwoch, den 13. April, pünktlich zu erscheinen.
Ohlau. Wahlverein Lillian-Strehlen-Rindtsch. Sonnabend, den 16. April, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum "Grünen Baum" in Baumgarten. Tagesordnung: Stellungnahme zur Waiseler; Eingehen der Beiträge; Beschiedenes. Um pünktliches, sowie zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.
Striegau. Gesangverein Vorwärts. Jeden Freitag Abends 8 Uhr: "Liederkunde". Die Mitglieder werden ersucht, recht vollständig zu erscheinen, auch werden in jeder Gesangsstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.
Hegnitz. Gewerkschafts-Komitee. Donnerstag, den 14. April, Abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshause. Wegen wichtiger Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Delegierten notwendig. Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Mittwoch, zum 2. Male:
"Ceres und Marianna".
 Donnerstag:
"Der Kobold".
 Freitag:
"Die Entführung aus dem Serail".
"Sonne und Erde".

Lobe-Theater.

Mittwoch zum 25. Male:
"Der Haiselbinder".
 Donnerstag:
"Sapfstrich".
 Freitag:
"Der Haiselbinder".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag, Straupe L. 2. Vorstell.
"Die Haiselbinder".
 Freitag, (Dumboldt-Verein):
"Der Strom".

Dierbach mache ich die ganz ergebene Mitteilung, daß ich das Gartenstraße 65 belegene Etablissement **"Palmengarten"** käuflich erworben habe und erlaube mir ein hochverehrt. Publikum zu der am **Donnerstag, den 14. April** stattfindenden **Einweihungs-Feier** verbunden mit **Großem Schlacht-Fest** ergebenst einzuladen. 667
 Früh von 11 Uhr an: Frisch. Wellfleisch u. Wellwurst. Ein schnelles Damen-Trompetor-Corps sowie die reichlichst besetzte Tyroler Konzert-Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft "Reichelmeyer" wird für musikalische Unterhaltung bestens sorgen. Um recht zahlreichen Besuch bittet Hochachtungsvoll **Hermann Krsinsik.**

Konzerthaus „Flora“.
 Dir.: H. Krsinsik.
Gastspiel
 der unübertrefflich. Dirigentin **Ludmilla**
 genannt: 619
Der weibl. Strauss
 mit ihrem Elite-Orchester.
 Entree frei!
 Anfang 7 Uhr.
 Vorm. von 11 1/2 - 1 1/2 Uhr.

VICTORIA-THEATER
 Dir. Hugo Schreiber. (Simmonauer).
 Täglich:
Grosse Variété-Vorstellungen
 mit **Mlle. Svengali** **Carl Bernhard** und den übrigen Spezialitäten.
 Im Vorverkauf: Parkett 75, Reserv. 50 Pf.
Entree 30 Pfennige 30 nur an Wochentagen.

Dominikaner.
 Täglich:
Die Original Leipziger.
 Dir.: Paul Belzer.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
 Suche eine **Hypothek** von 2800 Mk. auf mein Grundstück. Werte Angebote bitte unter Chiffre "Güter Roter" zur Weiterbeförderung an die Expedition dieser Zeitung zu senden. 651

Todes-Anzeige.
 Am 12. d. Mts. verschied nach langem schwerem, mit grosser Geduld ertragenen Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Elisabeth Schubert geb. Arlt** im Alter von 62 Jahren, 7 Monaten. 663
 Dies zeigt allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme an
 Der tieftrauernde Gatte
August Schubert nebst Töchter.
 Beerdigung findet Freitag, den 15. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes aus statt. Trauerhaus: Schlesswerderplatz No. 16a.

Am 12. d. Mts. entschlief nach längerem Leiden, im Alter von 52 Jahren 7 Monaten, die Gattin unseres langjährigen Sangesbruders,
Frau Elisabeth Schubert geb. Arlt.
 Ein dauerndes Andenken wird stets bewahren
Der M.-G.-V. Vorwärts. 662
 Beerdigung: Freitag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. Trauerhaus: Schlesswerderplatz 16a

Am 12. d. Mts. verschied nach langem, schweren Leiden an der Proletariatskrankheit unser Verbandskamerad
Oskar Hanke 664
 im Alter von 25 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Verband der Zimmerer Deutschlands (Zahlstelle Breslau).
 Beerdigung: Freitag, den 15. April, nachmittags 8 Uhr. Trauerhaus: Gross-Tschansch No. 6.

Oderstr. 22. Spottbillig Oderstr. 22.
 Schränke, Vertikows, jede Sorte Bettstellen, Spiegel, Polsterwaren und Küchenmöbel, neu und gebraucht, für Gebrauchte zahle höchste Preise.
H. Gerstel, Oderstr. 22
 gerichtlich vereideter Taxator. 6393

Igute Singer-Nähmaschine für 18 Mark. 526
Salo Freund, Breitstr. No. 4/5.

Gegen geringe Monatsraten liefere ich **Photogr. Apparate** nur erstklassige Systeme **Kataloge gratis u. franco.**
ALBERT LANGNER, Breslau II, Tauenzienstr. 17a

Der Beifall den unser **Märzengold** alleseitig gefunden hat, veranlaßt uns, dieses **helle Märzenbier bis Ende Mai cr.** zu führen. 623
Hopf & Görecke Tel. 238. Grabschen. Tel. 1921.

C. König Schuhmacherstr., Beilinerstr. 18 empfiehlt sein großes **Schuhwaren-Lager** in allen Leberforten u. Größen in nur besten Qualitäten zu billigsten Preisen. 660

Orkan-Fahrräder
 sind auch wiederum für 1904 die besten und doch die billigsten, 1 Jahr Garantie, von 75 Mk. an.
Phänomen-Fahrräder, das leicht laufende Rad, 2 Jahr Garantie.
 Nähmaschinen 48.- Mk., 5 Jahre Garantie.
 Laufdecken 4.- Mk., 2 Jahre Garantie.
 Luftschläuche m. 1/2 Jahr schriftl. Garant. 2.70
 m. 1 Jahr schriftl. Garant. 3.25
Sättel 1.00
Pedale 1.00
 Blechkoffelhüher, kompl. Garnitur 1.80
 Soeben ist mein neuer illust. Hauptkatalog von 1904 erschienen und empfehle ich Jedem denselben einzufordern. — Staunenad billige Preise.
Bernhard Wedlar, Breslau I, Grosse Gröschengasse 11.
 Sonntag geöffnet von 8-9 u. 11-2 Uhr.

Möbel und Betten auf Kredit
 als: 658
 Bettstellen und Matratzen, Schränke, Vertikows, Kommoden, Buffets, Schreibtische, Tische, Stühle, eiserne Bettstellen u. Kinderbettstellen, Spiegel u. s. w. in echt und poliert.
 Sofas, Divans und Garnituren. Nähmaschinen, Wringmaschinen, Kinderwagen.
Ganze Ausstattungen in billigen und besseren Genres mit kleiner Anzahlung und leichtesten Zahlungsbedingungen.
S. Osswald
 Waren-Kredit-Geschäft
 Breslau, Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage. gegenüber der Magdalenenkirche.
 Sonntag geöffnet von 8-9 u. 11-2 Uhr.

Geschäfts-Eröffnung.
 Den geehrten Bewohnern der Posenerstraße und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage daselbst eine **Brot- und Feinbäckerei** eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur immer gute und schmackhafte Ware zu liefern, um das geehrte Publikum in jeder Weise zu befriedigen. Indem ich bitte, mich in meinem Unternehmen zu unterstützen, zeichnet
 Hochachtungsvoll
Paul Brehmer, Bäckermeister, Posenerstrasse 4.
 Hausbäckerei wird angenommen. Bestellungen ins Haus.

Zeltgarten. Dir. H. Krsinsik.
Ganz neues Programm!
 u. u.:
Apajun der König der Taucher und Wasserflieger.
Barbarina-Ballet und 8 Attraktionen.
 Entree 30 Pf.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Hölle. Zeltgarten-Taunel.
Frei-Konzert Erstes Russiger Damen-Orchester.

Eil mit Weil
 das beste Rad, das billigste Rad!
Zwei Jahre Garantie!
Maxim-Räder mit Laterne und Glocke 1 Jahr Garantie **Mk. 73.00**
 Fabrik-Niederlage **Max Jul. Hoffmann** Blücherstrasse 14, nahe Lehnemann. Telephon 8875.
 645 **Grosse Reparatur-Werkstatt für Fahrräder, Motorräder, Motorwagen.**

Photogr. Apparate nur erstklassige Systeme **Kataloge gratis u. franco.**
ALBERT LANGNER, Breslau II, Tauenzienstr. 17a

Der Beifall den unser **Märzengold** alleseitig gefunden hat, veranlaßt uns, dieses **helle Märzenbier bis Ende Mai cr.** zu führen. 623
Hopf & Görecke Tel. 238. Grabschen. Tel. 1921.

C. König Schuhmacherstr., Beilinerstr. 18 empfiehlt sein großes **Schuhwaren-Lager** in allen Leberforten u. Größen in nur besten Qualitäten zu billigsten Preisen. 660

Deutscher Reichstag.

54. Sitzung, Dienstag, 12. April 1904. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Graf Bülow, Freiherr v. Stengel, Graf Pasadowitzky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste eventuell die zweite Beratung einer Novelle zum Münzgesetz, welche die Einführung neuer 50 Pf.-Stücke vorsieht.

Reichskanzler Graf Bülow: Trotz der Umprägung der 50 Pf.-Stücke im Jahre 1877 sind die Klagen über die schwere Unterscheidbarkeit der 10- und 50 Pf.-Stücke nicht verstummt. Nach langen Irrungen sind wir nun dahin gekommen, daß eine nachhaltige Verbesserung nur durch eine Verdrängung der Regierung erreicht werden kann. Wählt man statt des jetzigen Verhältnisses von 900 Teilen Silber und 100 Teilen Kupfer für 50 Pf.-Stücke 750 Teile Silber und 250 Teile Kupfer, so wird bei unverändertem Feingewicht durch vermehrte Beimischung von Kupfer das Volumen der Münze größer, diese also dicker. Ich bitte Sie, die Vorlage, die einem dringenden Verkehrsbedürfnis entgegenkommt, anzunehmen.

Abg. Dr. Spahn (Zentrum) bittet, die Vorlage ohne Kommissionsberatung zuzulassen.

Abg. Dr. Wendt (Nst.) hält eine Kommissionsberatung für notwendig. Nehmer fragt an, ob die Regierung wie die Zeitungen berichten, für Ostafrika ein besonderes Kolonialgeld zu schaffen beabsichtigt, und des Weiteren ob es richtig ist, die unteren Truppen nach Afrika mitgegebenen neuen Zinsmarkstücke dort nicht kursfähig sein lassen.

Freiherr v. Stengel bestritt die Möglichkeit des Gedachten, daß die silbernen Zinsmarkstücke in Ostafrika nicht kursfähig sein sollen.

Abg. Dr. Meißner (Freis. Volksp.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage und hält eine Kommissionsberatung nicht für notwendig.

Abg. Wurm (Soz.) beklagt, daß die neuen 50 Pfennig-Stücke wieder zu sehr den 5 Pfennig-Stücken ähneln werden. Am besten wäre es vielleicht, den Silbergehalt herabzusetzen und die Münze wesentlich zu vergrößern. Die 50 Pfennig-Stücke werden zwar dann den Einwärtsflächen mehr ähnlich werden, aber doch leichter herauszufinden sein als jetzt oder nach der Vorlage. Nebenfalls halte ich eine Kommissionsberatung für nötig um zu prüfen, wie wir dem Interesse der Arbeiter und kleinen Handwerker besser dienen können. (Bravo b. d. Soz.)

Abg. Dr. Völscher (Nst.) wünscht eine geschmackvollere Ausführung der Zinsmarkstücke. Man solle nicht in denselben Fehler verfallen, wie bei den neuen Zinsmarkstücken, welche geradezu eine Verächtlichmachung aller künstlerischen Empfindens darstellen. Das Richtige wäre, unter wirklichen Künstlern einen Wettbewerb für schöngeformte Münzen auszusuchen. (Beifall Bravo!)

Abg. Maab (Antik.) schließt sich der Kritik der beiden Vorredner an. Dem entschwindenden Taler weihen nicht nur Dr. Wendt, sondern das ganze deutsche Volk eine Träne der Sehnsucht nach. (Beifall.)

Abg. Dr. Pacht (Freis. Vgg.) spricht sich gegen eine Kommissionsberatung und für vermehrte Prüfung der Zinsmarkstücke aus.

Freiherr v. Stengel: Das Zinsmarkstück nutzt sich verhältnismäßig viel leichter ab als das Zinsmarkstück. Für den Verkehr der kleinen Leute eignet sich jedenfalls am besten das Silbergeld.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Völscher (Zentr.) faßt die erste Beratung. — Für den Antrag Wendt auf Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern erheben sich die Konservativen und die Sozialdemokraten. (Große Beifall.) Da die Punkte des Zentrums und der Nationalliberalen sehr schlecht besetzt sind, verläßt Graf Baller ein unter erneuter Beifall der Haus, daß das Bureau sich über das Resultat der Abstimmung zweifelt sei. Bei Vornahme der Gegenprobe einigt sich das Bureau dahin, daß jetzt die Minderheit steht. — Der Antrag Wendt ist also angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Staats des Reichskanzlers.

Am Bundesratsitz haben noch Staatssekretär Dr. Nieberding und Freiherr v. Richthofen Platz genommen.

Dieser liegen Resolutionen der Sozialdemokraten und des Zentrums vor, die sich auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Staatsbetrieben und auf die Submissionsbedingungen für Staatslieferungen beziehen. — Auf Antrag Singer (Soz.) wird beschlossen, diese Resolutionen nach Beendigung der allgemeinen Diskussionen gebündelt zu beraten.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): In der vorigen Session sind die Akten über die Erhebungen zu den Verhandlungen der Wahl des Abg. Völscher nicht mehr an uns gelangt. Ein inwärtigen gegen den Redakteur Leben geführter Prozeß hat es sehr wahrscheinlich gemacht,

daß bei dieser Wahl seitens der Beamten schwere Wahlbeeinflussungen stattgefunden haben. Unglücklich erscheint es uns, daß, nachdem die Wahlsprüchungskommission Erhebungen anstellen beabsichtigt hat, die Regierung der Beamten plötzlich das Stimmrecht der Amtsinhaber hinweggenommen aufgedrückt hat. Das Verfahren stellt eine Erhebung der Regierung über den einen gesetzgebenden Faktor des Reiches dar (Leb. Ruf: Sehr richtig!), die es dem Reichstag unmöglich macht, die Legitimation seiner Mitglieder künftig selbst auszureichen zu prüfen. Der Redakteur ist verurteilt worden, obgleich es ihm dadurch, daß man den Beamten die Aussage verbot, unmöglich gemacht worden ist, den Wahrheitsbeweis zu führen. Das ist zwar vollkommen geschehen, aber unser Erachten sollte in solchen Fällen Freisprechung eintreten. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die letzte Frage wird in der Kommission zur Reform der Strafprozedur ausgiebig erörtert werden. Ueber die erste Frage ist dem Reichskanzler und der Reichsverwaltung tatsächliches nicht bekannt. Ich erlaube aber an, daß die Stellung des Reichstages verlangt, daß alle Verwaltungen jede mögliche Rücksicht auf die von ihm beschlossenen Erhebungen nehmen. Wir werden uns mit den Einzelstaaten in Verbindung setzen und die hier gegebene Anregung in wohlwollendster Erwägung ziehen.

Abg. Dr. David (Sozialdemokrat):

Die Erklärung, die der Reichskanzler bei Beginn der Staatsverhandlungen über die Schiffahrtsabgaben abgab und die offenbar dazu bestimmt war, die große Beunruhigung der Bevölkerung, namentlich des Rheingebietes, zu beschwichtigen, steht in unzureichendem Widerspruch zu der Erklärung in derselben Angelegenheit, die Herr Völscher im Abgeordnetenhaus abgegeben hat. Wollte der für diese Erklärung als verantwortlicher Ministerpräsident verantwortliche Reichskanzler etwa einmal nachweisen, daß er kein Kontingenzmacher sei? (Sehr laut! bei den Soz.) Der entscheidende Punkt bei der Angelegenheit ist: Darf man Erhebungen erheben werden bei Vertiefungen und Korrekturen der Fahrpläne in natürlichen Wasserläufe? Garantiert Artikel 54 der Reichsverfassung auch die Abgabefreiheit auf regulierten Strömen oder nicht? Der Reichskanzler beantwortete die Frage mit einem ungewissen Ja. Herr Völscher dagegen sagt, es läge durchaus im Rahmen des Artikels 54, daß auch auf natürlichen Wasserläufen für Vermehrung künstlich geschaffener Stromschnellen Gebühren erhoben werden können. Ich bin auf die Prüfung dieses Widerspruches sehr gespannt. Ich erkläre mir diesen Widerspruch aus dem Zusammenhang der Frage mit den wasserwirtschaftlichen Vorlagen in Preußen. Unter den Bedingungen, die der preussische Abgeordnete v. Jellisch in „Tag“ für die Zustimmung der anrainerischen Interessierten zur wasserwirtschaftlichen Vorlage aufgestellt hat, befindet sich auch die, daß die preussische Regierung in Schiffahrtsabgaben auf planmäßig regulierten Strömen einwilligen soll. Die Agrarier rechnen so: Auf den großen Strömen werden die Wasserentlastungen des überseeischen Imports, besonders Getreide, eingeführt. Unterbindet man durch Schiffahrtsabgaben diese Einfuhr, so wird die Gefahr beseitigt, daß das Kanalsystem dem Import ausländischen Getreides dienlich gemacht wird. Preußen will hierin den Agrarier offenbar nachgeben. Aber das deutsche Volk lehnt es ab, diese Abgabe für die wasserwirtschaftlichen Vorlagen Preußens zu zahlen. Die Regierung könnte ihren Willen ja auch durchsetzen, wenn sie sich zu größerer Energie gegen die Junker aufraffen wollte. (Lautes Lachen rechts.) Die Schiffahrtsabgaben schädigen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste. Das Transportgewerbe würde die Kosten dieser neuen Steuer auf die Arbeitermassen, die in der Schiffahrt tätig sind, abwälzen suchen. Dann aber würden durch eine Preissteigerung die Konsumenten erheblich belastet werden. Das wäre namentlich bei denjenigen Massenartikeln möglich, deren Produktion so monopolisiert ist, daß die Monopolinhaber jede Transporterhöhung auf die Masse der Konsumenten abwälzen könnten, z. B. bei Petroleum und Kohlen. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Pasadowitzky: In der Petitions-Kommission, die sich mit der gleichen Frage befaßt, hätte Minister Völscher Gelegenheit gehabt nachzuweisen, daß zwischen seiner Erklärung und der des Reichskanzlers kein innerer und gesetzlicher Widerspruch besteht. Ich behaupte deshalb, daß hier schon die Frage aufgeworfen wird. Bei der Stellung des Reichskanzlers als preussischer Ministerpräsident ist ein Widerspruch zwischen ihm und Preußen vollkommen ausgeschlossen. Werde sich ein Widerspruch in der praktischen Ausführung einer Bestimmung der Reichsregierung zwischen einem anderen Bundesstaate und dem Reichskanzler ergeben, so würde der Bundesrat zur Entscheidung dieser Frage berufen sein. Was die Sache selbst anbetrifft, so ist es ungewiss, ob nach der Reichsverfassung auf natürlichen Wasserläufen Abgaben nicht erhoben werden dürfen. Aber zweifelhaft ist: auf welchen Strecken und unter welchen Verhältnissen kann man natürliche Wasserstraßen, die durch Durchflüsse in ihrem Laufe verbessert werden, für künstliche erachten, und wenn man zugestimmt, daß eine natürliche Wasserstraße trotz einer Verbesserung eine natürliche geblieben ist,

kann den Zug zu jeder Zeit und aus jedem Grunde zum Anhalten bringen, und das Weiterfahren des Zuges hängt zum großen Teil von den Eis- und Trinklöhlichkeiten der Ufer-Passagiere ab. Es ist nicht ungewöhnlich, daß auf einer unwichtigen Station der Zug ein Paar Stunden anhält, bis die Offiziere ihre angetroffenen Kehlen an allem Wein, den sie aufreiben können, genugsam gelabt haben. Auf einer Station beauftragte der General sich vorart an den Posten eines mandchurischen Sängers, der wieder vortraug und sang, daß der Zug länger Zeit warten mußte. Die Lieber bezogen sich, wie man uns sagte, auf den letzten chinesischen Krieg, und die begleitenden Tänze sollten eine Art Handgemenge vorstellen. Ein heftiges Zusammenstoßen mit einem eingeübten Feind verlegte den Sänger in einen Zustand wahrer Erregung, die ihren Höhepunkt erreichte, als die Mandchurien anstehend in einem letzten verzweifelten Kampf besetzt und vom Schlachtfeld vertrieben wurden. Immer wieder mußte er die Vorkellung wiederholen, bis er schließlich einen halben Silbertobel erhielt, worauf er mit einem überraschten und dankbaren Blick auf seinen Wohlthäter auf die Knie fiel, die Stirn in den Schmutz presste und in dieser Stellung blieb, bis der Zug einschwand. Ein anderes Mal wurde ein Zug zum Stehen gebracht, weil ein eingeborener chinesischer Magat mit einem Mandchurienwagen quer über der Straße hielt. Er machte keinen Versuch, bei Annäherung des Zuges aus dem Wege zu gehen, und als der Zug hielt, stieg er mit Hilfe eines halben Dutzend Diener gravitätisch aus, wählte ein prächtiges Rouper, stieg mit ruhiger Würde ein und schlummerte zwei Tage lang auf seinem Platz.

Die mandchurische Eisenbahn ist sehr schnell fertiggestellt worden; täglich wurde eine Strecke von etwa 5 Kilometer hergestellt; deshalb ist es kaum überraschend, daß die Lokomotive so häufig auf den Schienen springt und fast täglich eine Verkehrsunterbrechung vorkommt. Nachdem wir die Höhe des Chingan-Gebirges erreicht und nach dem Fahrplan von Frankfurt 70 Stunden Verspätung hatten, schlen der Zug das nun einholen zu wollen. Abwärts gab es einen schrecklichen Krach. Der Reisende mir gegenüber fiel mir in die Arme, während er mit dem Kopf gegen das Holzwerk fiel. Unser Sitz war durch das Herabfallen einer schweren Polkiste zerbrochen, der Fußboden war mit ihrem Inhalt bedeckt. Der andere Passagier, der geschlafen hatte, betete sich nun halb darunter begraben auf dem Fußboden. Er setzte sich aus den Trümmern und war mit einigen Querschnitten glücklich davongekommen, während dem ersten Passagier zwei Rippen ausgebrochen waren und die Rippe gespalten. Zum Glück war niemand schwer verletzt und der Besondere nahmen sich der Krut und die Passagierinnen an.

unter welchen Umständen ist ein Reichsgesetz zur Erhebung von Stromabgaben notwendig? Der Vorredner hat auf die wirtschaftlichen Folgen hingewiesen, die die Erhebung von Abgaben auf Rheine und Elbe haben würde. Da kann ich ihn beruhigen. Im preussischen Staatsministerium hat Minister Völscher auch nicht den leisesten Gedanken geäußert, auf Rheine und Elbe Abgaben zu erheben. Ob das allerdings bei den wachsenden Ansprüchen der Schiffahrt und bei den kolossalen Ausgaben für Verbesserung der Ströme immer der Fall sein wird, muß eine offene Frage bleiben. Zunächst aber sind wie Holland und Oesterreich gegenüber vertragsmäßig gebunden, auf Rheine und Elbe freie Schiffahrt zu gewähren. In einer Aenderung wären neue Abmachungen notwendig, und die beiden Staaten werden seinem Verträge zustimmen, der der Schiffahrt als solcher nachteilig ist. (Bravo!)

Abg. Dr. Sattler (Nst.): Solange die Fragen, die Deutschland jetzt tief bewegen, nicht von anderer Seite und in anderer Form in die Diskussion gezogen werden, will ich mich bescheiden, dem Herrn Reichskanzler anheimzustellen, inwieweit er meine Anfragen beantworten will. Will er uns mitteilen, wie sich Deutschlands Stellung in der auswärtigen Politik durch die jüngsten Ereignisse verhalten hat? Will er uns mitteilen, wie weit die Verhandlungen zwecks Abschluß neuer Handelsverträge vorgeschritten sind? Kann der Reichskanzler uns neue Mitteilungen über die Lage in Ostafrika machen? — Die innerpolitische Lage Deutschlands weist ebenso wie seine schwierige auswärtige Lage gebietlich auf die Notwendigkeit hin, daß sich alle patriotischen Elemente eng zusammenschließen. Da sollte nicht ein Teil unserer ja selber so wie so religiös und konfessionell getriebenen Bevölkerung vorübergehende Macht dazu benutzen, einseitig Vorteile für sich zu erheben und dem anderen Volksteil schwere Wunden zu schlagen. (Ironisches Sehr richtig! im Zentrum.) Ich will nicht wieder von Freihandel sprechen, aber ein Instren läßt die letzten großen Zugeständnisse an den Ultramontanismus nicht mit wichtigen politischen Entscheidungen zusammenfallen, für die unsere Regierung die Zustimmung des Reichstages gebraucht. Dabei hat man auf das Empfinden der evangelischen Bevölkerung nur allzuwenig Rücksicht genommen; jetzt herrscht auch das Gefühl in der Bevölkerung vor, daß die anderen Bundesstaaten bei Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nicht mit der erforderlichen garten Rücksicht behandelt worden sind. All das trägt nicht zur Förderung des konfessionellen Friedens bei, sondern reizt die Kreise auseinander, die zusammenwirken sollen und müssen. Gegen dieses Vorgehen protestieren wir mit dem ganzen Ernste der Ueberzeugung, der uns zur Verfügung steht. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen, Lachen im Zentrum.)

Reichskanzler Graf Bülow: Der Herr Vorredner wird mir selbst ausgeben, daß seine Fragen in Bezug auf die auswärtige Politik leichter zu stellen als zu beantworten sind. Er hat speziell von einer Verschärfung der europäischen Lage gesprochen. Bezieht sich diese Äußerung auf das vor einigen Tagen in die Öffentlichkeit gelangte französisch-englische Kolonialabkommen, so bemerke ich, daß die englischen Minister sich erst heute Abend im Parlament über dies Abkommen ausgesprochen wollen und daß die französischen Minister sich noch nicht ausgesprochen haben. Ich will über diesen Punkt heute daher nur soviel sagen, daß wir keine Ursache haben, anzunehmen, daß dieses Abkommen eine Spitze gegen irgend eine andere Macht hat. Es scheint sich nur um einen Versuch zu handeln, die Differenzpunkte zwischen Frankreich und England auf dem Wege gütlicher Verhandlung an zu heilen. Ein gelapptes Verhältnis zwischen Frankreich und England ist aber für Deutschland schon deshalb nicht zu wünschen, weil es eine Gefährdung des Weltfriedens wäre. — Was den Kernpunkt des Abkommens Marokko angeht, so liegt kein Grund vor zu befürchten, daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko von einer anderen Macht irgendwie mißachtet oder verletzt werden könnten. — Unsere Haltung in Marokko ist sehr einfach. Nachdem es leider nicht gelungen ist, den Frieden dort aufrechtzuerhalten, tun wir alles, was uns möglich ist, damit aus dem Duell im fernem Osten sich kein Weltkrieg entwickelt. Direkt werden deutsche Interessen dort nicht berührt; daher halten wir uns neutral. Diese Neutralität ist auch das beste Mittel, um untern Handel dort vor Schädigungen zu bewahren.

Es ist uns vorgeworfen, wir hätten uns durch den Ausbruch des Krieges überlassen lassen, ja wir hätten durch ungebührlichen Optimismus andere an trügerischer Sicherheit verleitet. Darauf könnte ich erwidern, daß die leitenden Minister in London, Paris, Petersburg und selbst die japanischen Vertreter in Paris und Petersburg tatsächlich von dem Ausbruch des Krieges überrascht worden zu sein scheinen. Ich könnte auch betonen, daß selbst diejenigen nicht japanischen Staatsmänner, die der Ansicht waren, daß der stark gesteigerte japanische Dampf bald Dampf geben würde, nicht voraussehen konnten, daß die Regierung in Tokio für den Abbruch der diplomatischen Verhandlungen gerade den Augenblick wählen würde, den sie gewählt hat. Hätten wir vor Ausbruch des Krieges eine pessimistische Sprache geführt, so würde das in Petersburg nicht mit Unrecht

In einem Militärzug durch die Mandchurei.

Ein englischer Journalist A. Hall ist in einem russischen Militärzug durch die Mandchurei gereist und schildert nun seine Eindrücke und Erlebnisse in dem oben erschienenen „Wide World Magazine“ in fesselnder Weise. Von besonderem Interesse ist eine Schilderung der Zustände auf der mandchurischen Eisenbahn, die jetzt durch den Krieg zu so eminenten Bedeutung gelangt ist.

Mit Revolvern und schrecklich aussehenden Büffen bewaffnet, so erzählt Hall, kamen wir in Mandchuria an, der ersten Station des mandchurischen Zweiges der sibirischen Eisenbahn. Hier herrschte große Verwirrung; die Stationsgebäude waren voller Soldaten und viele Lagerstätten noch draußen. Nach einer kläglich unangenehmen Ver-spätung — das ist für russische Verhältnisse nicht viel — war der Zug zur Abfahrt bereit, und das Geräusch um die Sitze begann schon. Wir befanden uns in einem Transportzug, der Hunderte von Soldaten nach Wladivostok und Port Arthur brachte. Die Offiziere besetzten die abgetheilten Schwabgen, die für diejenigen reserviert worden waren, die für einige Rubel extra die Annehmlichkeit einer „weiten Platte“ genießen wollten. Der Zug bestand meistens aus offenen Wagen, die so besetzt waren, daß nur wenige Soldaten gleichzeitig sitzen konnten. Ein weiß bemalter Wagen mit einem roten Kreuz emittete ein halbes Dutzend Betten und Raum für zwei Pflegerinnen.

Merkwürdige Erfahrungen machte ich, als ich einige Tage später eine Gruppe Russen photographierte. Ein Polizeibeamter, der die letzten paar hundert Meilen mit uns gefahren war, beobachtete mich scharf. Nach einer Stunde forderte mir ein Offizier streng meinen Paß ab, und nach einiger Zeit erschien er wieder mit einem militärisch aussehenden General. „Sie haben photographiert, das ist streng verboten, gehen Sie mit Ihren Apparat und Ihre photographischen Artikel.“ In meinem Blick erschien ein Eisenbahndirektor, mit dem ich durch eine Schlinge, die ich von ihm angefertigt hatte, in freundschaftliche Beziehungen getreten war und erklärte, daß ich ein harmloses Individuum wäre. So kam ich mit einer Verwarnung davon, nicht zu photographieren, so lange wir in Rußland waren. „Aber wo endet Rußland“, sagte ich und breitete eine Karte aus. „Hier“, antwortete lächelnd einer der Offiziere und zeigte auf eine Stelle nicht weit von Peking. Vor der Tür des Erfrischungsaumes bewachte indessen ein Kolal meine photographischen Artikel, darunter auch einen Schwamm, Seife, Zahn- und Nagelbürsten, die er augenscheinlich auch für photographische Artikel oder jedenfalls für gefährliche Waffen hielt. Auf ein Wort des Generals wurde alles zusammengepackt und wir setzten unsere Reise in Frieden fort.

Der Eisenbahnfahrplan ist eine in der Mandchurei noch unbekannt Segnung der Zivilisation. Ein einflussreiches Regiment

Aus aller Welt.

Ein schwarzes Pampgent. Der schwarze Prinz Ludwig von Alwa aus Kamerun, der sich auch Kronprinz von Bonambela zu nennen pflegt und kürzlich, wie berichtet, unter diesem Namen vor dem königlichen Amtsgesicht in Altona gewaltsam die Manifestationskette leitete, hat sich jetzt als ein ganz gewöhnlicher Sterblicher entpuppt. Nach einer amtlichen Meldung aus Kamerun lautet nämlich der Name des Prinzen resp. Kronprinzen in Wirklichkeit schlicht und einfach Wpundo Dida; er ist der Sohn eines gewöhnlichen Kameruner Regers, der aus irgend welchen Ursachen von der hiesigen Regierung eine kleine jährliche Rente bezieht. Nachdem der falsche Prinz jetzt zum zweiten Male manifestiert hat, wurde er unter dem Verdacht des wiederholten Betruges in Untersuchungshaft genommen. Er wird beschuldigt, unter der Forderung, daß er demnächst eine größere Geldsumme aus Kamerun zu erwarten habe, Schulden in bedeutender Höhe kontrahiert zu haben, ohne daß jemals an deren Begleichung zu denken ist. Der falsche Schwarze, welcher auf diese Weise seit längerer Zeit in Hamburg und Altona ein wahres Schlaraffenland geführt hat, dürfte demnächst per Schand nach seiner Heimat zurückgeführt werden.

Die bekannte Frauenrechtlerin Elise Schauf tötete sich in Berlin in geistlicher Umnachtung durch einen Revolveranschlag. Elise Schauf hatte in einer Broschüre gegen mehrere hochbetitete Polizeibeamte die schwersten Vorwürfe erhoben. Ein Strafverfahren war gegen sie eingeleitet und sie befürchtete, ins Irrenhaus transportiert zu werden.

Die Verzeihungstat einer Schwermätigen. Die in Hamburg in dem Hause Lange Reihe 87 wohnende Witwe Bertha Lindemann tötete sich und den vierjährigen Sohn ihrer Schwester durch Kohlengas; die Leichen wurden erst Montag gefunden, obwohl der Tod der beiden Unglücklichen schon am Ostermontag erfolgt sein dürfte. Um die bedauernswerte Frau auf andere Gedanken zu bringen und etwas aufzuheitern, gab ihr ebenfalls verwitwete Schwester Anna der Frau Lindemann ihr jüngstes Kind, einen hübschen vierjährigen Knaben, für einige Wochen ins Haus. Der Einfluß des Kindes auf die trauende Witwe, die ihren kleinen Neffen geradezu göttlich liebte, war von schätzlicher Heilwirkung. Ihr gedrückter Gemütszustand hob sich gesehends. Als aber lang vor Ostern die Schwester ansetzte, daß sie ihr Kind in der nächsten Zeit wieder zu sich nehmen wolle, verfiel Frau Lindemann sofort wieder in die alte Schwermut und faßte den Entschluß, mit dem Kinde gemeinsam in den Tod zu gehen.

Steuerhinterziehungsprozesse in Sicht. Aus Aheydt wird der Berliner Volkszeitung berichtet: Durch mehrere Verhaftungen der Steuerdelinquenten mehrerer Großstädter an der Hand der Sachverständigen wurde ermittelt, daß die Betroffenen der Einkommen

Wittrauen bereit haben, wir mussten noch ruhiger bleiben, als alle anderen Parteien der europäischen Politik, da wir noch weniger interessiert waren. Unter Einwirkung der Neutralität Chinas hat das klare und einwandfreie Motiv, dass die neutrale Haltung Chinas viel dazu beiträgt, dass sich aus dem Kriege in Ostasien nicht ein Weltkrieg entwickelt.

Herr Dr. Sattler hat zwar die Notwendigkeit des Friedens unter den Konfessionen, für den ich stets eintraten bin, betont, er hat aber doch leider in sehr allgemeinen Wendungen verschiedene Angriffe gegen die Haltung der Regierung auf kirchlich-politischem Gebiet gerichtet. Ich wäre ihm dankbar, wenn er mir sagen wollte, welche Zugeständnisse ihm dem Ultramontanismus auf Kosten der Interessen des Reiches gemacht habe. Ich bestreite auf das Entschiedenste, dass er wie einen solchen Fall nennen kann. Wenn aber Herr Sattler ein Mittel weiß, wie ich die Geschäfte des Reiches in verfassungsmäßiger Weise führen kann ohne jede Rücksichtnahme auf die Äußerungen der Partei in diesem Sinne, dann berate ich mich mit ihm.

Wenn er ein solches Rezept nicht kennt, so erinnert mich sein Vorgehen an jenen kleinen Fischer, der seinem Minister befehlt, er möchte sein Volk glücklich machen. Wie er das aber machen solle, das sagte der Minister dem Minister nicht. (Große Heiterkeit.) Abgeordnete von Herrn Sattler haben alle fährlichen Geister der National-Liberalen für die Aufhebung des § 2 des Vereinsgesetzes gestimmt. Jedemfalls darf man nicht Schädigung des Protestantismus, dann nach Genuß, Substanz und wie die Schlagworte alle heißen, vorwerfen, wenn ich einen mit großer Mehrheit vom Reichstag gefassten Beschluß ablehne. Wenn Herr Sattler andrückt, im Bundesrat wären einzelne Staaten überstimmt und verweigert worden, so richte ich auf das Allerentchiedenste, daß die verfassungsmäßigen Bestimmungen zwischen den Bundesstaaten in keiner Weise verletzt oder verletzt worden sind.

Mit den Verhältnissen in Südwestafrika werden wir uns besser beim Kolonialrat befassen. Jedenfalls denken wir nicht daran, auch nur einen Fuß breit dieses Bodens aufzugeben, auf dem deutsches Blut geflossen ist. Wie werden alles tun, um die Anführer, die sich gegen unsere Autorität erhoben haben, in ihre Schranken zurückzuführen. Wir werden bedenken vor unsern Taten, aber auch mit freudiger Genugtuung über die Tapferkeit, die sie bewiesen haben. (Beifall.)

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr, Schluß 5 1/2 Uhr.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Dienstag die erste Sitzung nach den Osterferien abgehalten und die Beratung des Kalkulationsgesetzes fortgesetzt. An der Spitze war das Kapitel „Umsatzsteuer“. Die Einmündung, die Graf Büllo in seiner bekannten Rede gegen die Schnorer und Verschwender auszusprechen verstanden hat, kam in der Anregung des konservativen Scharfmachers Felix zum Ausdruck, die ausländischen Studenten höhere Kollegienlehre zahlen zu lassen, als die einheimischen. Von der Regierung angefragt, sich niemand zu der Anregung, aber selbst der konservativen Abg. R. Wolpert hatte doch Bedenken. Er will die „Schnorer und Verschwender“, die „Marbelschamm und Silberfackel“ nicht am Gehirne schärfen, es genügt ihm, wenn sie höchst ordentlich unter preussischer Polizeiaufsicht gehalten werden. Damit waren die politisch interessanten Dinge aus der Sitzung erschöpft. Der freisinnige Abg. Eichhoff befragte die Abg. über die Abgabe der Abgaben für den Gymnasial-Abiturienten ausgedrückt werden, als sie nur zu den mathematischen und naturwissenschaftlichen Doktorprüfungen zugelassen werden. Herr K. K. K., der vielgenannte Ministerialdirektor, beehrte gleich Herrn Eichhoff das Vorgehen der Berliner philosophischen Fakultät, meinte aber, daß sich die Regierung nicht in die Selbstverwaltung der Universitäten mischen könne. Sonst wurden viel lokale Wünsche vorgebracht. Von verschiedenen Seiten wurde der Antrag der Universitäts-Räte für eine Volluniversität gewünscht, die Regierung erklärte aber, daß diesem Wunsch zur Zeit noch keine Folge gegeben werden könne. (Beifall.) Der freisinnige Abg. Wolpert hat die diplomatischen Räte Professor Lehmann-Hohenberg eine Erklärung gegeben. Nach Erledigung des Kapitels Universitäten wurde die Sitzung verläßt. Mittwoch kommt das Kapitel höhere Lehranstalten an die Reihe.

Die ungarische Sozialdemokratie

hielt zu Ostern in Budapest ihren Kongress ab, der von 651 Delegierten aus 277 Orten besucht war. Die Verhandlungen waren in Folge der Sprachverschiedenheit etwas umständlich, da jedes Referat aus dem Ungarischen ins Deutsche, Rumänische und Serbische übersetzt werden mußte. Der Bericht der Parteileitung konstatierte, daß die Bewegung der sozialdemokratischen Partei eine breite Ausbreitung gewonnen hat. Die Zahl der organisierten Arbeiter nahm im vergangenen Jahre bedeutend zu. Die Partei hat gegen die Unabhängigkeitspartei einen energischen Kampf geführt, weil diese anlässlich der Abstimmung nicht das allgemeine Wahlrecht gefordert habe. Auch gegen die Volkspartei mußte der Kampf aufgenommen werden. Die Beschlüsse waren noch nie so gewaltig und braun wie jetzt, weshalb sich auch die Partei gezwungen sehen wird, sich mit energischeren Mitteln zu verteidigen. Hinsichtlich der Presse wurde beschlossen, daß die in der Provinz erscheinenden Parteiblätter in Bezug auf ihren redaktionellen und auch den finanziellen unter die strengste Kontrolle der Parteileitung zu stellen sind. Ferner wird die Parteileitung angewiesen, die jetzt einmal wöchentlich erscheinende „Nepszava“ in aller kürzester Zeit in ein Tagblatt umzugestalten. Die auf dem Parteitag anwesenden Genossen übernehmen die Pflicht, bis 1. Oktober d. J.

schon seit Jahren zu gering angegeben und nunmehr bedeutende Nachbesserungen, sowie Steuererhöhungen zu gewärtigen haben.

Wegen Verdachts des Verbrechens gegen Feindesleben ist der Arzt Dr. Dreimann in Hamburg in Untersuchungshaft genommen worden. In derselben Angelegenheit befindet sich auch eine Frau Christian in Haft. Gestern sind zwei weitere Arrestanten dem Untersuchungsgefängnis anvertraut worden, die Schauspielerin M. und der Schauspieler St. Diese beiden sind vor einiger Zeit in freier i. V. verhaftet worden. Die Tat an der M. soll durch Dr. Dr. in der Wohnung der Frau Ch. ausgeführt worden sein. Es besteht aber der Verdacht, daß der Arzt und die Frau noch weitere Verbrechen begangen haben.

Ein mysteriöser Angriff wurde in dem englischen Bodente Kollektionen von einem deutschen Studenten ausgeführt. Der junge Mann, August Mann, 203 am Strande plüßlich einen Revolver aus der Tasche und schoss auf einen Engländer namens Carlfield. Carlfield brach schwer getroffen zusammen und erlag bald darauf seiner Verwundung. Mann wurde verhaftet. Mann nimmt an, daß Mann in einem Anfall von Wahnsinn die Tat vollbrachte, da kein Motiv zu der Tat entdeckt werden kann.

Sonderbare Ratten. Im Mannheimer „General-Anzeiger“ ist zu lesen: „Die Ratten, die von drei bis vier Jahren sich ausbreiteten, das angeblich kranken Festschiff zu verlassen und über die Herr Oberbürgermeister Bed in einer damaligen Bürgermehrsitzung mit Recht die volle Schale seines Hohnes ausgoß, sind wieder zurückgekehrt und werfen jetzt die schwarzen Straie nach denjenigen, die noch den Mut haben, ein Wort der Kritik zu sagen.“ Eine Leistung sowohl von den Ratten als auch von dem „General-Anzeiger“.

Neues Erdbeben in Bulgarien. Am Sonnabend Abend zwischen 7 1/2 und 11 Uhr fanden in Bulgarien einige 1/2 Meile Erdstöße statt. Am Sonntag früh um 4 Uhr 28 Minuten und Vormittag um 10 Uhr 53 Minuten wurden starke, je eine und eine halbe Minute dauernde Erdstöße verspürt. Auch Montag früh um 3 Uhr und um 6 Uhr 18 Minuten trüb wurden Erdstöße wahrgenommen. Kennzeichnend Schaden wurde nicht angerichtet. Von einem Sturzsteinberge überfahren. Zwei Kinder des Bergarbeiters Külling wurden von einem Felsen in Läden eingeschlagen überfahren. Einem der Kinder wurde der Kopf vom Kumpfe getrennt, während dem anderen Kinde ein Bein abgefahren wurde.

für eine Abonnentenzahl von 25.000 zu sorgen. Die Parteileitung wird schließlich beauftragt, das bisher einmal wöchentlich erscheinende deutsche Parteiblatt „Die Volksstimme“ in kürzester Zeit zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

Das von Pöfani erstattete Referat über das Wahlrecht spielte in einer Resolution, in welcher den ungarischen parlamentarischen Parteien der Vorwurf gemacht wird, daß sie zur Verhinderung ihrer offenkundigen volkswirtschaftlichen Bestrebungen und zur Bekämpfung des Wahlrechts gegen den Parlamentarismus in den Reihen ihrer eigenen Wähler die „parlamentarische Reform“ auf die Tagesordnung gesetzt haben. Um die von ihren Klasseninteressen gegangenen Grenzen weiterhin aufrecht zu erhalten, werden die alten Schranken durch die „einseitliche Steuerreform“, „ungarisch lesen und schreiben“, „Vatrolismus“ usw. getauften neuen Schranken eingetauscht, das heißt nur die Form wird „reformiert“, das Wesen: die Klassenherrschaft, bleibt bestehen. Demgegenüber erklärt der Parteitag, daß er das allgemeine, direkte Wahlrecht mit geheimer Sinnhaftigkeit unbedingt fordert und den schärfsten Kampf gegen alle Recht verstoßenden Bestrebungen führt. Die Partei wird mit der ganzen Kraft dafür eintreten, daß ein jeder über wünschenswerte alle Staatsbürger das Wahlrecht im geforderten Sinne erhält. Diese Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Nach dem Referat des Delegierten Kardos über die Nationalitäten und die sozialdemokratische Partei wurde eine vom Referenten beantragte Resolution gefast, in welcher der Parteitag erklärt, daß er, auf dem Boden des Parteiprogramms stehend, die volle Gleichberechtigung aller im Lande lebenden Nationen fordert, weil er ohne Rücksicht auf deren Nation und Sprache zwischen Mensch und Mensch einen Unterschied nicht anerkennt. Bei dem folgenden Referat des Delegierten Dr. Goldner kam es zu einem Zwischenfall, der eine Unterbrechung der Beratungen herbeiführte. Als der Referent das Vorgehen der ungarischen Regierung gegenüber den Nationalitäten im Verbrechen nannte, erob das Stabshauptmann Lotz Einspruch gegen diese Bezeichnung und drohte mit der Auslösung des Parteitag. Das gleiche geschah auch, als in der Debatte Goldner das Verbot der Wahlwerbung scharf kritisierte und die Delegierten, entgegen der Ministerialverordnung, aufforderte, auch weiterhin Selbstammlungen für Parteizwecke vorzunehmen. Dem Vorgehen des Kongresses gelang es nur mit großer Mühe, sowohl auf die auf höchste eivaste Versammlung als auch auf den Stabshauptmann Lotz beruhigend einzurücken.

Der achte Nationalkongress der italienischen Sozialdemokratie

lehnte zunächst seine Beratungen fort, an denen sich Delegierte aus allen drei Lagern aufs lebhafteste beteiligten. Es wird jedoch die letzte Begründung einer Resolution Mocchi-Labriola zwischen die Verhandlungen eingeschoben, welche, von der heutigen Lage erfolglos Konfession des Parteiblattes „Vongonardi“ ausgehend, die Abschaffung der Zensur fordert. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Es stehen noch vierzig Redner auf der Liste. Es wird dabei Schluß beantragt, und nach diesem Hin und Her einigt man sich endlich, je drei Redner für jede Tendenz noch zu Worte kommen zu lassen. Die Reformisten wählen hierfür: Chiola, Turati, Verganini; die Revolutionäre: Vongonardi, Mazzanoni, Mocchi; die „Mittleren“: Ferri, Reina, Ripola. Der Plankongress (Vongonardi) beginnt; und so weiter fort. Inletz erhalten die Hauptvertreter der beiden extremen Tendenzen und Verteidiger der sie begründenden Resolutionen, Labriola und Bispolati, das Wort.

Ein Privat-Telegramm der „Repub. Volksztg.“ meldet: „Der Kongress nahm mit 424 gegen 377 Stimmen die Resolution Ferri vom linken Zentrum an, die das Festhalten an der marxistischen Theorie ausdrückt und unter Ablehnung der revisionistischen Resolution die Einigkeit der Partei von neuem betont.“

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 13. April.

Die Lage der Schiffer wurde in der letzten Sitzung des Gewerbegerichts wieder einmal durch einen besonders drastischen Fall illustriert. Der Bootsmann Pfeifer war am 20. Februar von dem Schiffsbesitzer Grunow gegen ein Monatslohn von 75 Mk. eingestellt worden. Bis zum 6. April hatte derselbe erhalten 3 Mk. Angelb, 5 Mk. Zofschuß, ein Paß Scheffel im Werte von 3.35 Mk., drei Rindbrote im Werte von 1.50 Mk. und 1 1/2 Pfund Butter gleichfalls im Werte von 1.50 Mk. und sonst noch einmal 10 Mk., insgesamt also 21.35 Mk. Am 5. April hatte er jedoch von Grunow endlich seinen Lohn verlangt, da er ohne alle Substanzmittel war, dieser aber hatte ihm nichts gegeben und so verließ er am genannten Tage von 6-7 Uhr Vormittags den Kahn und begab sich zum Verhandelschreiber Mommert, um sich dort Schutz zu suchen. Grunow, der sich gleichfalls in der Stadt befand und mit Damen der Halbwelt in verschiedenen Lokalen geht, war in der Kneipe der Wilmers Kabich mit Mommert zusammengetroffen und von diesem zur Rede gestellt worden. Als Grunow Abends zwischen 11 und 12 Uhr zurückkehrte stellte er den Pfeifer zur Rede, warum er ihm „solche Aergernisse“ mache, schlug ihn und schrie: „A... verfluchtes, mach, daß Du vom Kahn ranterstommst!“ Der Bootsmann verließ nun am 7. April Morgens den Kahn und reichte seine Klage ein, die auf Restlohn und Entschädigung für 14 Tage wegen Entlassung ohne Kündigung lautete. Vor Gericht trat Grunow den Soldaten heraus, der jedem gerecht werde. Alles sei bloß Wache der „Aufrechter“, die es hier in Breslau gebe. Er habe den Kläger nicht entlassen usw. Ein anderer als Zeuge vernommener Schiffsbesitzer belandete jedoch, von Pfeifer am 6. April am Geld angegangen worden zu sein, weil derselbe gehungert habe. Er habe ihm deshalb auch eine Raub geborgt. Den Skandal auf dem Kahn des Grunow am genannten Abend habe er mit angehört, da er mit seinem Kahn in der Nähe lag. Als Grunow den Pfeifer geschlagen habe, habe er und seine Frau sich ins Mittel gelegt und sei deshalb seine Frau von Grunow ebenfalls beschimpft worden. Grunow wurde verurteilt, an den Kläger 188.65 Mk. zu zahlen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Nachdem die Parteien abgetrennt waren, ordnete der Vorsitzende die Ausfertigung und Zustellung des Urteils am gleichen Tage an, da der Kläger wahrscheinlich gerichts zu erhalten vermag, wenn über der Ausfertigung des Urteils einige Tage vergangen.

Städtischer Arbeitskreis. Frequenz in der Woche vom 4. April bis 9. April: a) Männer: Angebotene 180. In besetzte Stellen 96. Besetzte Stellen 88. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 102. In besetzte Stellen 147. Besetzte Stellen 132.

Selbstmörder. Am 11. d. M., Abends, schloß sich vor dem Gesundheitsamt Vorwerkstraße 59 ein 21 Jahre alter Schlössergeselle mit einer Pistole in die Stirn. Schwerverletzt und bewußtlos wurde er in das Krankenhaus der Darmhiesigen Brüder gebracht.

Verhaftet wird beim 6. d. M. der 15 Jahre alte Arbeiter Otto Grumbel, dessen Mutter Vorwerkstr. 40 wohnt. Er ist mit schwarzem Jackett, brauner gestreifter Hose, schwarzem weichen Hut und Halbschuh bekleidet.

Arg versehen. Eine Schlofferfrau hat am 8. d. M., Abends, einem Droschkenführer, der sie vom Märkischen Bahnhof nach der Riesaufstraße gefahren hat, anstelle eines fünfzig Pfennigstückes ein Rebmarskstück in Zahlung gegeben. Vermißt. Der 26 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Drupe, welcher Vintenzstraße 17 gewohnt hat, wird seit dem 8. d. M. vermisst. Er ist mit gelbem Jackett, brauner Hose, englischledernen Stiefeln, schwarzem Hut und Gamaschen bekleidet. Krämpfe. Am 11. d. M., Vormittags, wurde auf der Mollstraße eine Tapeziererfrau von heftigen Krämpfen befallen, wobei sie so unwillkürlich zur Erde stürzte, daß sie sich schwer im Gesicht verletzte. Durch einen Samariter wurde ihr Hilfe geleistet. Ein schwerer Junge. Der durch die Kriminalpolizei in Haft genommene Schmied August Walter hat, wie nun festgestellt ist, sechs schwere Einbrüche verübt. Bei einem Einbruch in eine Restauration auf der Weinstraße hatte er sich auch mit dem Gedanken getragen, eine Explosion zu veranlassen; denn er hatte, wie am nächsten Morgen noch rechtzeitig bemerkt wurde, sämtliche Gasbühnen geöffnet. Grunduntersuchung. Am 6. d. M., Nachmittags, verlor auf der Schweißbrennstraße eine Dame eine silberne Uhr nebst langer Kette und Medaillon. Diese Uhr ist von einem Mann aufgelesen worden, welcher u. a. mit grauer Foppe, gestreifter Hose und schwarzem Hut bekleidet war. Dieser Mann wird im eigenen Interesse aufgefordert, sich unverzüglich im Zimmer Nr. 55 des Polizeipräsidiums zu melden. Gestohlen wurden ein Fahrrad, Marke „Anzora“, Nr. 1886, ein Kabrath, Marke „Vennabor“, einem Fuhrwerksbesitzer aus dem Posthof ein brauner Karton, welcher ein schwarzes Schmirmerjackett, einen dunkelblauen Rock, zwei weiße Unterröcke, eine schwarze Taile, einen schwarzen Schal und mehrere Schürzen enthielt, und einem Kaufmann von der Schillerstraße ein Ebenholzstod mit silbernem Griff. Gestohlen wurden: einem Schloffer auf der Berlinerstraße aus dem Taubenboden vier wertvolle Lauben, einem Maurerlehrling aus einem Neubau auf der Hohenzollernstraße eine silberne Memontuhr und ein schwarzes Portemonnaie, einem Kaufmann auf dem Ring eine Kiste mit Apfelsinen, einem Droschkenführer auf der Mathiasstraße aus einem Stall zwei Hühner. Im letzteren Diebstahl ausführend zu können, hatte der Dieb einen Teil des Mauerwerks ausgebrochen. Polizeiliche Melbungen. In das Polizeigefängnis wurden am 11. d. M. 24 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Sparkastenbuch, ein Krankenassenbuch, ein Schlüsselbuch, eine Schürze und eine Pelzboa. — Zugelassen ist ein Bwerapinscher. — Abhandeln lassen: eine goldene Brosche, ein goldenes Kettenarmband mit einer kleinen Uhr, ein silbernes Schuppenarmband, eine rote Brieffaße, ein Anhängeloch, ein goldener Ring mit kleiner roten Steinen und zwei Portemonnaies mit 7 Mk. und 80-85 Mk. Inhalt.

nach der Riesaufstraße gefahren hat, anstelle eines fünfzig Pfennigstückes ein Rebmarskstück in Zahlung gegeben.

Vermißt. Der 26 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Drupe, welcher Vintenzstraße 17 gewohnt hat, wird seit dem 8. d. M. vermisst. Er ist mit gelbem Jackett, brauner Hose, englischledernen Stiefeln, schwarzem Hut und Gamaschen bekleidet.

Krämpfe. Am 11. d. M., Vormittags, wurde auf der Mollstraße eine Tapeziererfrau von heftigen Krämpfen befallen, wobei sie so unwillkürlich zur Erde stürzte, daß sie sich schwer im Gesicht verletzte. Durch einen Samariter wurde ihr Hilfe geleistet.

Ein schwerer Junge. Der durch die Kriminalpolizei in Haft genommene Schmied August Walter hat, wie nun festgestellt ist, sechs schwere Einbrüche verübt. Bei einem Einbruch in eine Restauration auf der Weinstraße hatte er sich auch mit dem Gedanken getragen, eine Explosion zu veranlassen; denn er hatte, wie am nächsten Morgen noch rechtzeitig bemerkt wurde, sämtliche Gasbühnen geöffnet.

Grunduntersuchung. Am 6. d. M., Nachmittags, verlor auf der Schweißbrennstraße eine Dame eine silberne Uhr nebst langer Kette und Medaillon. Diese Uhr ist von einem Mann aufgelesen worden, welcher u. a. mit grauer Foppe, gestreifter Hose und schwarzem Hut bekleidet war. Dieser Mann wird im eigenen Interesse aufgefordert, sich unverzüglich im Zimmer Nr. 55 des Polizeipräsidiums zu melden.

Gestohlen wurden ein Fahrrad, Marke „Anzora“, Nr. 1886, ein Kabrath, Marke „Vennabor“, einem Fuhrwerksbesitzer aus dem Posthof ein brauner Karton, welcher ein schwarzes Schmirmerjackett, einen dunkelblauen Rock, zwei weiße Unterröcke, eine schwarze Taile, einen schwarzen Schal und mehrere Schürzen enthielt, und einem Kaufmann von der Schillerstraße ein Ebenholzstod mit silbernem Griff.

Gestohlen wurden: einem Schloffer auf der Berlinerstraße aus dem Taubenboden vier wertvolle Lauben, einem Maurerlehrling aus einem Neubau auf der Hohenzollernstraße eine silberne Memontuhr und ein schwarzes Portemonnaie, einem Kaufmann auf dem Ring eine Kiste mit Apfelsinen, einem Droschkenführer auf der Mathiasstraße aus einem Stall zwei Hühner. Im letzteren Diebstahl ausführend zu können, hatte der Dieb einen Teil des Mauerwerks ausgebrochen.

Polizeiliche Melbungen. In das Polizeigefängnis wurden am 11. d. M. 24 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Sparkastenbuch, ein Krankenassenbuch, ein Schlüsselbuch, eine Schürze und eine Pelzboa. — Zugelassen ist ein Bwerapinscher. — Abhandeln lassen: eine goldene Brosche, ein goldenes Kettenarmband mit einer kleinen Uhr, ein silbernes Schuppenarmband, eine rote Brieffaße, ein Anhängeloch, ein goldener Ring mit kleiner roten Steinen und zwei Portemonnaies mit 7 Mk. und 80-85 Mk. Inhalt.

Düssel, 11. April. Wahlverein. Am Sonntag, den 10. April fand bei Genoffen Hubert Jacob Weingartenbesuch statt. Die Rechnungslegung des Kassierers ergab im ersten Quartal eine Einnahme von 65.68 Mk. und eine Ausgabe von 2.61 Mk., so daß ein Bestand von 63.07 Mk. verbleibt. Eintrag, die Beiträge sind monatlich 10 Mk. auf 20 Pf. zu erhöhen, fand Aufnahme, so daß die erhöhten Beiträge vom 1. Mai d. J. erhoben werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß bereits sämtliche Wahlbezirke ihre Beiträge auf 20 Pf. pro Monat erhöht hätten.

Wahlkreis. Dem Genossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 1. Mai gemeinsamer Ausflug mit Familie nach Girsachsdorf in die Brauerei stattfindet, wofür ein Zusammenkommen mit den Kameraden Genossen geplant ist. Die Fester soll mit Preisregeln, Preisbolschen und Kinderbelohnung begangen werden. Die Teilnehmer werden gebeten, sich pünktlich um 11 1/2 Uhr bei Genossen Robert Jacob einzufinden, da der Abmarsch mit Musik von dort durch den Wald und über die Thekenberge stattfinden soll. Bei ungünstiger Witterung wird die Fester auf Sonntag, den 3. Mai, verlegt. Die Genossen Paul Scholz, Karl Reimann und Emil Nibel sind beauftragt worden zu diesem Feste die nötigen Vorbereitungen zu besorgen. Nicht eines jeden Partisanen ist es, bei günstiger Witterung sich an der Wallfeier zu beteiligen.

Orteg, 11. April. Gefährlicher Hund. Vor einigen Tagen wurde, dem „Oberschlesischen Anzeiger“ zufolge, auf dem Felde des Bauergrundbesitzers Ruch in Groß-Brause von einem Knaben eine vom letzten Scharfschützen des Feldartillerie-Regiments Nr. 57 herübergebrachte, blindgänger Granate gefunden. Da der Knabe die Gefährlichkeit des Gegenstandes nicht kannte, nahm er das Geschoss an sich, um es einem in der Nähe beschaffigten Mädchen zu zeigen. Letztere warf das Geschoss, die Gefahr erkennend, in dem Augenblick von sich, als der Vater des Mädchens, der mit einem beschaffigten war, an ihnen vorbeikam, so daß das Geschoss unter eines der Pferde zu liegen kam. Der Weichheit des Harnes ist es wohl zuzuschreiben, daß das Geschoss nicht explodierte, es hätten im letzteren Falle drei Menschen und zwei Pferde ums Leben kommen können. Das Feldartillerie-Regiment in Neustadt wurde sofort durch den Gemeindevorsteher von dem Fund benachrichtigt und die Granate Tags darauf von einem Ober-Fenerwerker gesprungen.

Knecht OZ, 12. April. Feuer. Vorgestern brach in Schneitzwaid in der Scheune des Bauergrundbesitzers Karl Fieber Feuer aus, Kinder hatten in der Scheune geschauelt und hierbei Kigaretten geraucht. Außer der Scheune brannte der Getreidespeicher Fieber's sowie die Besingung des Bauergrundbesitzers Wilhelm Jäger vollständig nieder. Dieser war auf dem Felde und nur mit Mühe gelang es, die schwerverrannte Frau Jäger mit dem Bette aus dem brennenden Hause zu retten. Mehrere Schweine verbrannten. Der Schaden ist bedeutend.

Schaden, 12. April. Nachspiel zum Lantahütter Krawallprozeß. Ein Vorfall aus dem Lantahütter Prozeß fand heute vor dem Schöffengericht Herfelbich seine Sühne. Bei der damaligen Vernehmung des Polizeicommissars Müller über die ihm in Bezug auf den Vater des Abgeordneten Korantny gemachte Auslage des Arbeitsbuches Paul Wosniga äußerte der im Anbetracht anwesende Vater des letzteren, daß die Auslage des Polizeibuchs falsch abgegeben sei. Wosniga sen. erhielt wegen Verleumdung 2 Monate Gefängnis. Für seine frühere Behandlung blieb er heute den Wahrheitsbeweis schuldig und gab an, er sei an dem Verhandlungstage krank betrunken gewesen und leide außerdem seit acht Jahren an einem Kopfschmerz.

Stein, 12. April. Einmal ein Lokal. Nachdem es der Gleiwitzer Arbeiterchaft mit Hilfe des Gewerkschaftsvereins gelungen ist, am Orte die Lokalfrage zu lösen, haben in den letzten fünf Wochen mehrere große Versammlungen stattgefunden. Es wird nun Aufgabe der hiesigen Arbeiter sein, nach Kräften den Wert zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß alle organisierten Arbeiter bei ihm verbleiben. Arbeiter von Gleiwitz und Umgegend, außer Gewerkschaftslokal in Romm's Hotel, Oberwallstraße Nr. 4. (Auch „Zur Stadt Triest“ genannt.) Unterhält den Wert durch eifrigen Besuch des Lokals.

Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter fand am Sonntag, den 10. April statt. Der Besuch war gut. Genosse Brzecklinewicz aus Katowitz referierte in polnischer Sprache über: „Die Lage der Arbeiter in Oberschlesien und die Ziele der modernen Gewerkschaften.“ In eingehender Weise beleuchtete der Referent die Missstände in den hiesigen Fabriken und den einzelnen Berufen, im besonderen aber die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nachdem der Referent Wort und Ziele der Gewerkschaften allen klar gelegt hatte, schloß er seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach einer kurzen Diskussion im Sinne des Referenten, ergriß Genosse C. Zimmer-Katowitz das Wort, um in deutscher Sprache den anwesenden deutschen Arbeitern die Ausführungen des Referenten zu übersetzen. Auch er erntete für seine Ausführungen den Beifall der Anwesenden. Zum Schluß ergriß der Einberufer der Versammlung, Genosse Becker, das Wort und forderte die Anwesenden auf, sich geschlossen der Organisation anzuschließen und für rege Agitation zu sorgen. Er erwähnte gleichzeitig das Vorgehen der Behörden und bürgerlichen Zeitungen den Arbeitern gegenüber. Mit einem begeisterten aufgenommenen dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Einberufer die gut besuchte und schön verlaufene Versammlung.